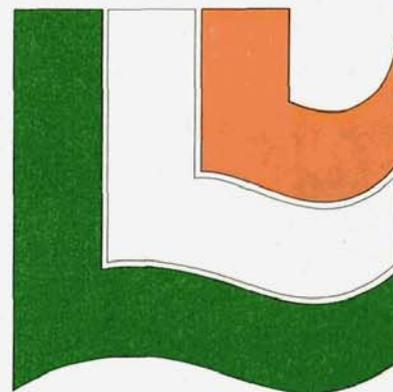


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 15



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 19. 9. 1989

WORT UND WIDERWORT

Zwanzig Jahre Gesamtschule in NRW: Sind die gesteckten Ziele erreicht?

Die Entwicklung der letzten Jahre mache deutlich, daß auch kleinere, eher konservative Gemeinden die Gesamtschule zunehmend entdeckten. Die kommunalpolitische Vernunft trage Sorge dafür, daß vor Ort ein vollständiges Angebot aller Bildungsabschlüsse erhalten oder erstmalig geschaffen werde. Die Gesamtschule habe sich in Nordrhein-Westfalen in der Konkurrenz zu den traditionellen Schulformen bewährt. Die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen sei ungebrochen. Das unterstreicht die SPD-Abgeordnete **Brigitte Speth**. Der CDU-Abgeordnete **Herbert Reul** erklärt dagegen, zwanzig Jahre Gesamtschule in NRW seien eine Bilanz der gescheiterten Erwartungen. Denn die Gesamtschule habe ihre eigenen Zielsetzungen nicht erreicht. Im Leistungsvergleich mit Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien schneide sie schlechter ab und sei zu einem schlechten Ersatz für die bewährte Hauptschule geworden. Das bessere Lernklima an den Gesamtschulen habe sich als Mythos entpuppt. Der F.D.P.-Abgeordnete **Rudolf Wickel** betont, die Gesamtschule stecke in einer konzeptionellen Krise. Die Qualität der Abschlüsse sei höchst unterschiedlich und führe zu Problemen nach dem Schulabgang. Bei den sozialen Erfahrungen hingegen habe die Gesamtschule die Erwartungen erfüllen können. Für die F.D.P. folge, daß sie die Gesamtschule — sechszügig — als Regelschule anerkenne, es aber einer realistischen Bestandsaufnahme bedürfe. (Seite 2)

Anhörung HDTV: Keine Einigkeit bei Wirtschaftsblöcken Frage nach Teilung der Fernsehwelt

Als erstes parlamentarisches Gremium in der Bundesrepublik hat sich der Hauptausschuß des nordrhein-westfälischen Landtags unter Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) mit den Zukunftsperspektiven des hochauflösenden Fernsehens (HDTV) befaßt.

Bei einer Anhörung von Fachleuten aus Industrie, Wissenschaft und Sendeanstalten spielte auch die Frage eine Rolle, ob die Welt des Fernsehens in die Wirtschaftsblöcke Europa, USA und Japan geteilt sein wird.

Der SPD-Medienexperte Jürgen Büssow wollte deshalb wissen, wo ein Kompromiß liegen könnte, ob sich ein Block für den anderen entscheiden müsse oder eine dritte Norm möglich sei. Die Antworten der Experten machten deutlich, daß sich die Europäer mit ihrem EUREKA-Projekt bei der Frequenz definitiv für 50 Hz entschieden haben.

Auch der weitgehend aufgeholte Vorsprung der Japaner bei HDTV kam zur Sprache. Warum sei EUREKA so spät gekommen, fragte CDU-Obmann Dr. Ottmar Pohl und

schloß an: „Haben wir in Europa geschlafen?“

Das Thema „Fernsehen der Zukunft“ hatte der Hauptausschuß bereits bei der Funkausstellung in Berlin diskutiert. (Seite 3 und 4)



„Du bist kein Aschenputtel mehr.“

Zeichnung: Pielert (WAZ)

Die Woche im Landtag

Funkausstellung

Vor seiner Anhörung zu HDTV hat sich der Hauptausschuß bereits auf der Berliner Funkausstellung über das Fernsehen der Zukunft orientiert. (Seite 4)

Elternrechte

Stärkung der Elternrechte fordert die F.D.P. in einem Gesetzentwurf. Die SPD sieht dagegen keinen Handlungsbedarf. (Seite 7)

Übersetzer

Das Land dringt weiterhin darauf, das Europäische Übersetzer-Kollegium in Straelen in die gemeinsame Finanzierung der Kultusministerkonferenz aufzunehmen. (Seite 9)

Städtebau

Der Haushalt 1990 stellt sich für den Bereich Städtebau und Wohnungswesen fiskalisch günstiger dar als im Vorjahr. (Seite 10)

Kultusetat

Knapp zwölf Milliarden Mark umfaßt der Kultusetat des kommenden Jahres. Im Schulbereich weist er 135 001 Stellen aus. (Seite 11)

Sonnenstudios

Bis zu zehn Prozent der Bevölkerung besuchen regelmäßig Sonnenstudios oder benutzen Heimsolarien. (Seite 19)

WORT UND WIDERWORT

Gesamtschule als direkter Weg zu allen Abschlüssen

Von
Brigitte Speth

Im Jahr der Jubiläen feiern wir 20 Jahre Gesamtschule. „20 Jahre Gesamtschule bedeutet in dürren Zahlen: 130 Gesamtschulen bieten Platz für etwa 15 Prozent aller zehnjährigen Kinder.“

Die Gesamtschule ist ein Reformansatz mit langer Tradition. Die Idee der integrierten Erziehung für alle ist über 300 Jahre alt. Heute käme wohl niemand mehr auf den Gedanken, die gemeinsame Erziehung in der Grundschule in Frage zu stellen. Was in der Grundschule gemeinsam begonnen wurde, wird in der Gesamtschule gemeinsam fortgesetzt. Da die Gesamtschule alle Bildungsabschlüsse in einer Schule anbietet, werden die Eltern von dem Zwang befreit, bereits am Ende der 4. Klasse für ihre Kinder eine Entscheidung für eine bestimmte Schulform zu treffen. Die Gesamtschule ist der direkte Weg zu allen Abschlüssen, bis hin zum Abitur. Schulwechsel und Umwege werden ebenso vermieden wie der von Kindern als beschämend empfundene „Abstieg“, etwa aus dem Gymnasium in eine andere Schule.

Im Mittelpunkt der Gesamtschulidee steht, die Lernfreude von Kindern zu erhalten oder zu wecken. Kinder, die Spaß an der Schule haben, lernen besser. Lernunlust vermeiden, bedeutet,

Von
Herbert Reul

20 Jahre Gesamtschule in NRW — eine Bilanz der gescheiterten Erwartungen: Denn die Gesamtschule hat ihre eigenen Zielsetzungen nicht erreicht.

1. Im Leistungsvergleich mit Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien schneidet die Gesamtschule schlechter ab.
2. 80 Prozent der Gesamtschüler sind potentielle Hauptschüler. Die Gesamtschule ist zu einem schlechten Ersatz für die bewährte Hauptschule geworden.

3. Das bessere Lernklima an den Gesamtschulen hat sich als Mythos entpuppt, denn leistungsstärkere Kinder werden ungenügend gefördert, leistungsschwächere dagegen überfordert.

Trotzdem hält die SPD bedenkenlos daran fest, die Gesamtschule zur Einheitsschule für alle Kinder zu machen. Für die SPD ist das Nebeneinander von gegliedertem Schulsystem und Gesamtschule nur eine taktische Zwischenstation. Die Folgen:

1. In den letzten 20 Jahren hat der Steuerzahler rund eine Milliarde Mark für diese Gesamtschulpolitik zusätzlich zahlen müssen. Jede neue Gesamtschule kostet etwa 700 000 Mark mehr als die Schulen des gegliederten Schulwesens, weil die Gesamtschule zahlrei-

Von
Rudolf Wickel

Die Gesamtschule, so wie sie sich heute real darstellt, entspricht inhaltlich und pädagogisch bei weitem nicht den Ansprüchen, die sie zu erfüllen versprochen hat. Sie steckt in einer konzeptionellen Krise. Erinnern wir uns an die fünf Ziele des Gesamtschulversuchs, die der Deutsche Bildungsrat benannt hatte:

1. Eine wissenschaftliche Schule für alle. In Wirklichkeit ist die Gesamtschule wegen der Schülerpopulation nur dort über ein integriertes Haupt- und Realschulniveau hinausgekommen, wo sie aufgrund von Anmeldeüberhängen ihre Schüler selbst auswählt.

2. Individualisierung des Lernens. Praktische Folge: Durch Verzicht auf einen bestimmten Abschluß hin ausgerichtete Gliederung der pädagogischen Inhalte besteht keine Kontinuität des Aufbaus der Lehr- und Lerninhalte. Die Qualität der Abschlüsse ist höchst unterschiedlich und führt zu Problemen nach dem Schulabgang.

3. Bessere Förderung: Dieses Ziel ist im Be-

SPD: Ungebrochene Nachfrage ist die beste Bestätigung

- Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg zu fördern,
- bei ihren spezifischen Begabungen, Interessen und Neigungen anzusetzen,
- sie im sozialen Miteinander zu Mündigkeit, Verantwortung und Freiheit zu erziehen.

Aus diesem Ansatz einer menschlichen Schule hat sich mit der Gesamtschule eine Schule entwickelt, die unserer demokratischen Gesellschaft am besten entspricht. Aus ihr gehen junge Menschen hervor, die den Anforderungen der modernen Gesellschaft gewachsen sind.

Die Entwicklung der letzten Jahre macht deutlich, daß auch kleinere, eher konservative Gemeinden die Gesamtschule zunehmend entdecken. Die kommunalpolitische Vernunft trägt Sorge dafür, daß vor Ort ein vollständiges Angebot aller Bildungsabschlüsse erhalten wird bzw. erstmalig geschaffen wird.

Die Chancen der Gesamtschule zu stärken, sie für alle Kinder und Jugendliche zugänglich zu machen, sie offen zu halten für neue Entwicklungen, ist eine Zukunftsinvestition für Kinder und Jugendliche.

Die Gesamtschule hat sich bei uns in Nordrhein-Westfalen in der Konkurrenz zu den traditionellen Schulformen bewährt. Die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen ist ungebrochen. Sie in dem Maße auszubauen wie Eltern dies wünschen, sie als pädagogische Alternative offensiv zu vertreten, bleibt Aufgabe sozialdemokratischer Politik.

CDU: Gesamtschule hat Ziele nicht erreicht

che Privilegien hat, z. B. eine bessere Lehrerversorgung.

2. Die SPD-Gesamtschulpolitik stört den kommunalen Schulfrieden. Bei gesunkenen Schülerzahlen bedeutet die Gründung einer neuen Gesamtschule die Schließung bestehender, leistungsfähiger Schulen.

3. Die SPD-Gesamtschulpolitik hat zu einer Zweiklassen-Schulgesellschaft geführt. Bei der Lehrerversorgung und der Ausstattung werden die Gesamtschulen bevorzugt. Das Recht der Eltern auf die Errichtung einer neuen Gesamtschule ist mehr wert als das Recht der Eltern, die bestehende Schulen erhalten wollen.

4. Die SPD-Gesamtschulpolitik verschärft die Schulprobleme kleinerer Gemeinden. Denn Realschulen und Gymnasien bleiben weiter attraktiv, am Ort gehalten werden die Kinder, die sonst eine Hauptschule besuchen würden. Da aus der eigenen Gemeinde die nötige Schülerzahl für die Gesamtschule nicht zu erreichen ist, werden Hauptschüler aus den Nachbargemeinden abgeworben. Das Ergebnis ist eine Zentralisierung des Schulangebotes: in den Nachbargemeinden sterben die wohnungsnahen Schulen.

Der SPD geht es also um eine grundsätzliche Veränderung der Schullandschaft, ohne Rücksicht auf die Interessen unserer Kinder. Qualität und Leistung, Vielfalt und Wahlfreiheit bleiben auf der Strecke. Die CDU NRW wird sich diesem Absolutheitsanspruch und dieser kinderfeindlichen Schulpolitik widersetzen.

F.D.P.: Konzeptionelle Krise der Gesamtschule

reich des sozialen Lernens erreicht worden, das Schulklima an der Gesamtschule stimmt. Was die Leistungsförderung betrifft, sind leistungsschwächere Schüler gut versorgt, leistungsstärkere finden allerdings nicht die ihnen zustehende Förderung.

4. Größere Chancengleichheit: Alle Kinder haben zwar ein gleiches Zugangsrecht zur Gesamtschule, das Schulformwahlverhalten der Eltern führt aber dazu, daß die Schülerpopulation der Gesamtschule nicht repräsentativ für die Bevölkerung ist. Ergebnis: rein formale Chancengleichheit bei Erhöhung der Zahl weiterführender Abschlüsse ohne korrelierende Fachleistungen mit den bekannten Auswirkungen für die Abgänger in den Hochschulen und auf dem Arbeitsmarkt.

5. Soziale Erfahrung: Hier hat die Gesamtschule die Erwartungen erfüllen können.

Aus diesen Feststellungen folgt für die F.D.P., daß sie die Gesamtschule — sechszugig — als Regelschule anerkennt, es aber einer realistischen Bestandsaufnahme und einer Aufklärung der Öffentlichkeit über eingetretene Veränderungen bedarf, damit ein fairer Wettbewerb aller Schulformen gewährleistet ist.

Beim ersten Hearing nach seinem Besuch der Berliner Funkausstellung hat sich der Hauptausschuß des Landtages unter der Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) als erstes parlamentarisches Gremium in der Bundesrepublik mit der Entwicklung von HDTV (Hoch-Auflösungs-Fernsehen) befaßt. Dabei wurde deutlich, daß bis zur Empfangsreife noch Jahre vergehen werden. Zahlreiche Expertenaussagen unterstrichen aber die große Bedeutung eines baldigen Einstiegs in die Produktion bei Film und Fernsehen, damit sich entsprechendes Know-how und „Manpower“ für HDTV an Rhein und Ruhr heranbildet. Nur auf diesem Wege kann Nordrhein-Westfalen nach allseitiger Einschätzung den Rang eines hervorragenden Medienstandortes in der Bundesrepublik wie auch im künftigen Europa ausbauen. Die Anhörung förderte ferner zutage, daß die Zwischenstufe D2MAC für den Endverbraucher keine Verbesserung beim Bild gegenüber dem herkömmlichen PAL-System darstellt. Einige Experten befürworteten, gleich den Entwicklungsschritt zu HD MAC zu unternehmen. Große Skepsis herrschte beim Westdeutschen Rundfunk (WDR), warum die ARD einen Kanal auf dem direkt abstrahlenden Satelliten TV SAT bei wenig Zuschauern und einem jährlichen Endpreis von 25 Millionen Mark nach fünf Jahren anmieten sollte, dagegen für Benutzung des Fernmeldesatelliten Kopernikus nur rund elf Millionen Mark aufbringen müßte.

Vorsitzender Professor Farthmann erinnerte zunächst daran, die Thematik sei schon in Berlin andiskutiert worden. Hier und heute könne sie eine Vertiefung und Fortsetzung erfahren. Die Aussprache bezog sich zum Teil auf sehr komplexe technische Fragen. Die Abgeordneten mußten bei den komplizierten technologischen Ausblicken in eine neue Fernsehära immer wieder nachfragen. Am Ende der fünfständigen Anhörung lobte der Vorsitzende das hohe Niveau der Diskussion.

Als erste kamen die Vertreter der Hersteller zu Wort. Dr. Günter Kroll als Sprecher des Fachverbandes Unterhaltungselektronik bezeichnete die angestrebte Kompatibilität bei Fernsehsystemen als einzig vernünftigen Weg. Er regte an, das System PAL weiterzuentwickeln. Auf der anderen Seite sollte früher mit einer direkten HD MAC-Ausstrahlung begonnen werden. Kroll betonte, die Politik müsse für Planungssicherheit sorgen. Gerade die Japaner hätten eine viel größere Planungssicherheit. Mit der Technik brauche man sich hierzulande nicht zu verstecken. Für die Bosch/Philips-Tochter BTS erklärte Stefan Peitzmann, man habe sich für das EUREKA-Projekt entschieden. Dieter Höhler von Philips erläuterte mit der Wahl von EUREKA und deren Vorschlägen über Standards würde auch Rücksicht auf die vorhandene Infrastruktur genommen. Es gebe 32 Millionen Fernsehgeräte in der Bundesrepublik, 4,5 Millionen kämen jedes Jahr neu hinzu. Es sei keine Frage, daß man auch bei den Standards Rücksicht auf den Gerätepark nehmen müsse.

Dr. Ron Sommer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Sony Deutschland GmbH, trat, wie er sagte, nicht als Japaner

Hauptausschuß-Hearing zu HDTV und der Rolle Europas

Landtag befaßte sich als erstes Parlament in der Bundesrepublik mit Hoch-Auflösungs-Fernsehen



Führte den Vorsitz: Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD, l.) mit Ausschußassistent und Stenograf.

Foto: Schüler

auf. Es gehe nicht um die Frage Japan gegen Europa, sondern im Prinzip um den Wettbewerb von global operierenden Unternehmen mit lokalen Akzenten. Mit der HDTV Basisentwicklung sei schon früh begonnen worden. Heute sei das System in der zweiten Serienfertigung. Sommer fragte, warum EUREKA so viele Anstrengungen gegen eine welt einheitliche Norm unternehme. Heute gelte nicht mehr die Regel, wer die Norm habe, habe den Markt. Heute sei man in der guten Situation, gemeinsam über eine Lösung zu sprechen, die optimal für die Welt, Europa und die Bundesrepublik sei.

Norm und Standard

Der Präsident der EUREKA-HDTV, Pieter Boegels von Philips International B.V. in Eindhoven, meinte dagegen, wenn Japan seriös über Weltstandard sprechen wolle, müsse es vorher nach Europa kommen. Wenn man die HD MAC-Bilder sehe, sei es jetzt schon zu spät. Borgels ging auf ein Grundproblem ein. 50 oder 60 Hz, das sei der Punkt. „Wir beschäftigen uns mit 50 Hz. 75 Prozent aller Länder hätten 50 Hz. Zu Hause sei die gesamte Infrastruktur rund um das Fernsehen, von der Beleuchtung bis zum Computer auf 50 Hz ausgerichtet. „Ich würde lachen, wenn man hier über 60 Hz spräche“, sagte Boegels. Er sah keine Möglichkeit der Kompatibilität zum japanischen 60 Hz-System. Man habe HD MAC in Europa gewählt, weil HDTV später mit den gleichen Signalen empfangen werden könne.

Auf die Frage des SPD-Abgeordneten Jürgen Büssow, ob man denn 60 Hz-Produktionen hier nicht empfangen könne, erklärte Dr. Albrecht Ziemer vom ZDF in Mainz, man könne 60 Hz-Beiträge in 50 Hz ausstrahlen. In Ausstrahlung und Empfang gebe es kein

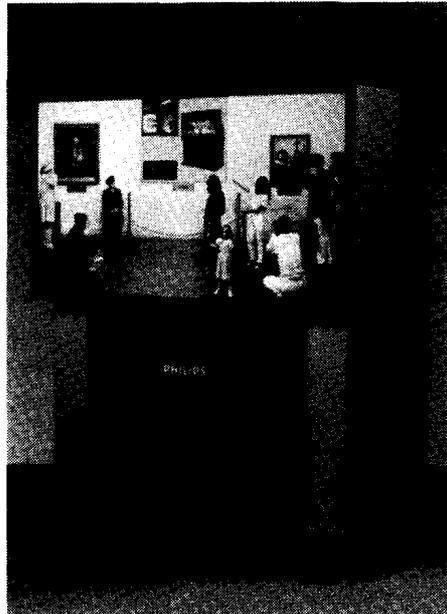
Problem. Das tauche erst bei der Produktion auf. Professor Dr. Ulrich Messerschmid vom Institut für Rundfunktechnik in München hielt einen Kompromiß zwischen 50 und 60 Hz, etwa bei 55 Hz, für nicht vorstellbar. Er glaube nicht, daß man über eine dritte Ziffer sprechen könne. 50 oder 60 Hz müsse man wählen. Beim Stichwort Normenwandlung schlug Messerschmid auch einen Bogen zu den Filmstudios. Er äußerte, in Hollywood habe HDTV noch denkbar geringe Resonanz. Dort richte man sich mit dem 35mm-Film noch auf Jahre ein.

Der erste Sprecher des WDR, Dr. Leo Deanilenko, bezeichnete HDTV als fulminantes Ereignis für die audiovisuelle Ausstrahlung. Damit würde der Schritt von der Television zur Telepräsenz getan. HDTV sei als Großprodukt schön, aber im Augenblick noch nicht bezahlbar. Er hielt eine Einführung durch die Kinos für möglich. Ingo Dahrendorf, technischer Direktor beim WDR, erinnerte daran, daß eine Hochauflösung hohe Kosten verlange. Die Programmproduktion werde erheblich teurer. Die öffentlich rechtlichen Anstalten räumten einer welt einheitlichen Norm für Hersteller Priorität ein. Wenn es nicht zu einer einheitlichen Norm komme, halte er es für besser, Entscheidungen zu vertagen, als verschiedene Produktionsnormen einzuführen. Jean Pütz, diesmal nicht als populärer Moderator, sondern als Vertreter der Programmleitung, glaubte nicht, daß die Zuschauer eine HDTV-Diskussion führten. Es gebe wohl kaum Zuschauer, die sich „Klavierkästen“ zu 8000 bis 10000 Mark zu Hause reinstellten. Wenn ein flacher Bildschirm nicht entwickelt werde, werde HDTV in der Stube keine Rolle spielen, meinte Pütz. Auf der Produktionsseite sollten sich „die Herren von der Industrie“ schnell für eine progressive Abtastung oder das Zeilensprungverfahren entscheiden. Fortsetzung Seite 5

Hauptausschuß informiert sich auf Funkausstellung über Fernsehen der Zukunft

Mit 60cm-Schüsseln Programm von Moskau bis Malaga empfangbar

Bis der normale Konsument auf einer Flachbildröhre 1,80 m x 1 m fernsehen und dabei den Ton in Stereoqualität, mehrkanalig und umschaltbar (mehrsprachig) empfangen, und bevor er dieses auch bezahlen will und kann, werden noch einige Jahre vergehen. Dies verdeutlichte die diesjährige Internationale Funkausstellung (Ifa), deren Besuch im Berlinprogramm des Hauptausschusses stand. Unter der Leitung des Vorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) und der Begleitung durch den Präsidenten des Landtags Karl Josef Denzer führten Mitarbeiter des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR), dessen Intendant Friedrich Nowotny den Ausschuß bei seiner Ankunft auf dem Messegelände begrüßte, zu den wichtigsten Ständen und Präsentationen der neuen Techniken.



Television im neuen HDTV-Format 16 zu 9.

Nur Kenner der Materie vermögen treffsicher mit den Bezeichnungen für zukünftige Produktions- und Sendennormen umzugehen. Nachdem jeder Konsument inzwischen Begriffe wie Pal oder Secam kennt, verwirren ihn jetzt die Kürzel D-Mac, D2-Mac, HD-Mac und HDTV ebenso wie die Bildformate 4:3, 16:9 und die Ziffern 5 25, 6 25, 11 25, 12 50 (Zeilen) bei 50 bzw. 60 Hz. Es geht dabei um die technisch beste Lösung, im Fernsehen durch hohe Auflösung gestochen scharfe und flimmerfreie Bilder zu erhalten. Bei der Übertragung kommt die Bedeutung der Tonqualität und der Umschaltmöglichkeiten (bei mehrsprachigen Sendungen) hinzu.

Doch vor Sendung und Empfang steht die Produktion, und hier geht es um hohe Investitionskosten, die von den Rundfunkanstalten und der Industrie gerne aufgebracht werden, wenn die Aussichten auf eine Teilhabe an den zukünftigen Märkten gesichert scheinen. Noch gibt es aber keinen Kompromiß zwischen den Wirtschaftsböcken Europa, Japan und den USA, die auf dem Wege zum hochauflösenden Fernsehen und dessen Übertragung via Satellit zur Zeit getrennte Wege gehen.

Eine Antwort auf die Frage, ob die Welt des Fernsehens zukünftig geteilt bleiben wird, erhielten die Mitglieder des Hauptausschusses ebensowenig wie die sonstigen Teilnehmer des ersten Funkschau-Forums zum Thema HDTV. Zur Diskussion über Wunsch und Wirklichkeit bezüglich einheitlicher Produktions- und Sendennormen standen Professor Dr. Broder Wendland (Leiter des Instituts für Nachrichtentechnik der Universität Dortmund), Dr. Albrecht Ziemer (Technischer Direktor des ZDF), Mitsuo Kurashina (Panasonic Deutschland GmbH), Dr. Ron Sommer (Vorsitzender der Geschäftsführung der Sony Deutschland GmbH), Johann van Tilburg (Vorstandsvorsitzender der Grundig AG), Cornelius Bossers (Vorsitzender des Vorstandes der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie GmbH) und Diplomingenieur Klaus Hummel (Ministerialdirigent des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen) zur Verfügung.

Der zuständigen internationalen Stelle CCIR (Internationaler Beratungsausschuß für den Rundfunk) liegen unterschiedliche Standardisierungsvorschläge der oben genannten Wirtschaftsblöcke vor. Unter den Teilnehmern des Funkschauforums herrschte jedoch Einigkeit, daß es sich bei dem von EUREKA präsentierten HDTV-System um

Bestes HDTV-Konzept

das wahrscheinlich beste HDTV-Konzept handelt und ein gemeinsamer Produktionsstandard gefunden werden muß. Hinsichtlich des Übertragungsstandards, der in Europa einheitlich sei, wurde darauf hingewiesen, daß der Konsument unbesorgt Empfangsgeräte kaufen kann, ohne befürchten zu müssen, zukünftige Produktionen nicht mehr empfangen zu können.

Jürgen Büssow, medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hauptausschuß, schlug vor, die Normen der beiden deutschen Satelliten Kopernikus und TV-SAT zu wechseln, also D2-MAC vom TV-SAT auf den Kopernikus zu legen und mit Pal-System vom TV-SAT2 zu senden. Damit könnten aus seiner Sicht die Programme, die über den TV-SAT2 mit Pal abgestrahlt werden, mit 60cm-Schüsseln von Moskau bis Malaga und von Spitzbergen bis Sizilien empfangen werden. Damit wäre ein Konzept von Satellitenfernsehen verwirklicht, wie es stets propagiert worden sei. Der Kopernikus dagegen, ein Fernmeldesatellit, habe eine Abstrahlkeule, die nur die Bundesrepublik und die DDR in etwa abdeckt. Um eine gleiche Qualität zu erhalten, wäre für den Empfang eine Schüssel bis zu 1 Meter Durchmesser erforderlich. Sein Vorschlag hätte den zusätzlichen Vorteil, die Pal-Programme auch in der DDR empfangbar zu machen. Büssow verband damit den Vorwurf gegenüber der Deutschen Bundespost, durch technische Vorgaben massiv in die kulturpolitischen Zuständigkeiten der Länder einzugreifen.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann ließ sich am Stand der Deutschen Bundespost noch einmal über die Anwendungsmöglichkeiten der hochauflösenden Fernsehnorm informieren, nachdem er Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der Investitionen mit dem Ziel eines neuen Bildformats bekundete und Befürchtungen äußerte, die nach den jetzigen Verfahren produzierten Sendungen mit den Geräten der Zukunft nicht mehr empfangen zu können. Im Übertragungswagen der französischen Firma Thomson wurde demonstriert, wie mit Hilfe der Digitaltechnik eine bildschirmfüllende Darstellung beider Formate auf der Grundlage einer nur einem Format entsprechenden Software möglich wird. Vizepräsident Jacque Sabatier erläuterte den Stand der Entwicklung der Bildröhre zum Empfang von Fernsehsendungen im Kinoformat. Er rechnet damit, daß eine solche Bildröhre für den Verbraucher Mitte der 90er Jahre zur Verfügung steht.

Über neue Entwicklungen auf dem Gerätemarkt unterrichtete sich der Ausschuß am Stand der Firma Philips (digitaler Satelliten-Hörfunk), der Firma Sony (kleinster Camcorder) dem Gemeinschaftsstand von ARD und ZDF (Standbildübertragung mittels ISDN-Technik) sowie bei dem für Sonderentwicklung zuständigen Mitarbeiter der Firma Grundig, der das Prinzip der Frequenzverdopplung zum Erhalt eines ruhigen Fernsehbildes erläuterte.

In einer schon zur Tradition gewordenen Begegnung zwischen dem Hauptausschuß und Mitgliedern des Rundfunkrates auf Einladung des Intendanten des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) berichteten Gerd Ruge, Fernsehkorrespondent in Moskau und Wolfgang Hauptmann, Hörfunkkorrespondent in Ost-Berlin, über die Entwicklung in diesen Staaten. Intendant Friedrich Nowotny nutzte die Gelegenheit, noch einmal auf die Bedeutung einer einheitlichen Produktions- und Sendennorm im Rundfunkbereich hinzuweisen. Es sei sonst zu befürchten, daß die in Europa produzierte Software in den Bereichen der anderen medienwirtschaftlichen Blöcke nicht mehr abgesetzt werden kann.

An der Mischfinanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und ihren Einrichtungen in Berlin ist das Land Nordrhein-Westfalen überproportional beteiligt. Hierauf wies ihr Präsident Professor Dr. Knopp anlässlich des Empfangs des Hauptausschusses an seinem Amtssitz hin. Er fügte hinzu, daß es sich um den höchsten Anteil an den Betriebskosten handelt. Demgegenüber trüge Berlin die Last der Baukosten, deren Gesamtvolumen im Laufe der Zeit den Betriebskostenanteil selbstverständlich übertreffen werde.

Vier Millionen Bücher

Professor Dr. Knopp führte in die Aktivitäten der Stiftung ein und wies darauf hin, daß die von ihr arrangierten Wanderausstellungen auch in Nordrhein-Westfalen große Anziehungskraft auf die Bürgerinnen und Bürger des Landes ausübten. Er bat jedoch um Verständnis, daß unersetzliche Spitzenwerke nicht auf Reisen geschickt werden, um sie zu erhalten.

In den Restaurierungswerkstätten der Gemäldegalerie und der Skulpturengalerie ließen sich die Ausschußmitglieder die komplizierten, aufwendigen und langjährigen Arbeiten der Restauratoren und ihrer wissenschaftlichen Begleitung anhand einiger Kunstwerke erläutern. Generaldirektor Dr. Dube sowie die stellvertretenden Direktoren, Dres. Köhler und Theuerkauff, führten die Parlamentarier durch die Werkstätten, wo die Restauratoren Pieh, Graf und Buczynski vorgestellt wurden.

Durch das Museum für Völkerkunde (Abteilung Ostasien) führte Direktor Professor Dr. Helfrich und Abteilungsleiter Dr. Müller erläuterte die Sonderausstellung chinesischer Kunst unter dem Titel „Die Wege der Götter und Menschen“.

Abschließend konnten die Ausschußmitglieder Einblick in die Staatsbibliothek nehmen, die ebenfalls zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz gehört. Sie wurden hier durch den stellvertretenden Generaldirektor Dr. Baron begrüßt, der die Aufgaben der Staatsbibli-

othek und ihre Finanz- und Sachausstattung schilderte. Er beklagte bei dieser Gelegenheit eine gegenüber der bayerischen Einrichtung geringere Finanzausstattung für den Neuerwerb von Bucherscheinungen und äußerte den Wunsch, daß die Abgabepflicht der Verleger so geregelt wird, daß auch die Staatsbibliothek zu den Bezugsberechtigten eines Freiexemplars gehört. Vor einem Rundgang durch die Lesesäle, die mehr als 500 Benutzern des vier Millionen Exemplare zählenden Buchbestandes dienen, erläuterte Dr. Baron auch die Probleme der Konservierung und Restaurierung wertvollen Schriftgutes.

Friedrich Dopheide, Präsident der Landesvereinigung der Fachverbände des Handwerks Nordrhein-Westfalen und Vizepräsident der Handwerkskammer Düsseldorf, ist zum neuen Vorsitzenden der Außenhandelsstelle der mittelständischen Wirtschaft Nordrhein-Westfalens e.V. (AHS) gewählt worden.

HDTV

Der Westdeutsche Rundfunk Köln (WDR) erklärt in einer Technischen Information vom 18. August 1989 den Begriff HDTV wie folgt:

High Definition Television (Hoch-Auflösungs-Fernsehen).

Fernsehen mit großer Bildschärfe. Statt mit 525 Zeilen (in Amerika) beziehungsweise 625 Zeilen (in Europa) überträgt es das Bild mit der doppelten Zeilenzahl. Wegen des erhöhten Auflösungsvermögens sind die Bilder auch noch in Großprojektion scharf.

Seit der ersten Demonstration Anfang der 80er Jahre in Japan ist eine Reihe von konkurrierenden Systemen entwickelt worden. Der Weg zu einer einheitlichen Norm wird durch wirtschaftliche, politische und technische Unverträglichkeiten erschwert.

Als erstes Parlament...

Fortsetzung von Seite 3

Dr. Ziemer vom ZDF berichtete, der Programmmarkt mit Filmen, Serien usw. bedeute einen Markt in der Größenordnung von zehn Milliarden Mark. Das beinhalte, daß ein einheitlicher Standard Zugang zum Weltprogrammmarkt schaffen müsse wie heute der 35mm-Film. Werde ein weltweiter Produktionsstandard nicht de jure festgelegt, dann de facto durch den Markt. Er halte den De-facto-Weg für extrem gefährlich. Europa würde in etwas anderes investieren und das könnte sich als Fehlinvestition herausstellen. Man verlöre bei den Programmproduktionen noch mehr an Boden. Zu den Normen sagte Ziemer, ein gutes Pfund sei der europäische Vorschlag des progressiven Bildes. Das könne auch in Hollywood einiges bewegen, denn progressiver Bildausbau sei Fortschritt. Im Gegensatz zu Sprechern des WDR vermutete Ziemer, der Weg über D2 MAC zu HD MAC habe viele gute Elemente.

Günter Enders, Bereichsleiter Technik von RTL Plus befürwortete in Absprache mit Ingo Boothby, Technischer Leiter von SAT 1, die einheitliche Einführung einer Produktionsnorm in HDTV in absehbarer Zeit. Ferner verwandte er sich für kompatible HDTV-Standards.

Für die Filmindustrie und die Programmhersteller betonte Johannes Webers von der Bavaria Film in Geiselgasteig, aus Sicht der Filmindustrie sei das elektronische HDTV-Aufzeichnungsverfahren sehr interessant, weil es die Möglichkeit der Sofortübergabe beinhalte. Der Einsatz eines hochauflösenden Systems sei mit 25 Bildern in der Sekunde vorstellbar. Paul Bielicki von der videothek electronic tv-Produktion in Berlin berichtete, man habe vor über drei Jahren begonnen, sich mit HDTV zu beschäftigen. Inzwischen seien acht Produktionen durch, demnächst würden vier Musikproduktionen folgen. Er betrachte HDTV nicht als Fernsehsystem, sondern als hochwertigen Bilderzeuger. Man benutze japanische Systeme, weil man in Europa noch nicht so weit sei. Bielicki betrachtete HDTV auch als Ergänzung zum 35mm-Film. Roland Freiberger, zuständig für die Produktion beim WDR, befürchtete, mit HDTV würden höhere Personal- und Produktionskosten auf den Sender zukommen.

Eckart Haas vom Bundesverband Kabel und Satellit in Bonn, vertrat die Auffassung, die Vorteile des HDTV-Standards würden sich nur verkaufen lassen, wenn Produktionen da seien. Das EUREKA-Programm müsse deutlich ergänzt und es dürfe vor allem nicht gewartet werden. Wenn man vom Produktionsstandard spreche, beschränke sich das nicht auf Europa und Japan. Amerika sei ausschlaggebend.

Wohin laufe die Entscheidung bei der Normendiskussion, stellte Ministerialdirigent Klaus Hummel vom Bundespostministerium in Bonn die rhetorische Frage. In seiner Antwort machte er klar, die Ausstrahlungsnorm für Europa sei praktisch entschieden. Gegen die MAC-Norm gebe es in Europa keinen Widerstand. 1992 würden alle Postnetze HD MAC-fähig sein, im Kabel dann zwölf Kanäle. Zur Norm bei der Produktion meinte Hummel: „Wir wollen einen weltweiten Standard“. Das habe Priorität. Doch der gewöhnliche Zeitgenosse muß nach den Ausführungen Hummels auf HDTV noch lange warten. Große Schwierigkeiten werde man im Satellitenbereich haben, hieß es. Die jetzt konzipierten Satelliten seien nicht in der Lage, HDTV in die Haushalte zu bringen. Für die normalen Haushalte werde es noch gut eine Generation dauern. Auch der Münchner Messerschmid dämpfte zu hohe Erwartungen. Zu Hause mache das neue System

erst Sinn, „wenn wir eine neue Großbildtechnik haben“. Skeptisch äußerte er sich zum Beginn 1992 (MAC). Im übrigen bezeichnete er es als entscheidend, Zeit zu gewinnen. Nachdem EUREKA gegenüber den Japanern aufgeholt habe, könne man erst mal durchatmen, brauche nichts festzuschreiben und könne weitere vier Jahre Zeitspanne einschieben.

Professor Dr. Gerhard Mahler von Heinrich-Hertz-Institut für Nachrichtentechnik in Berlin kleidete eine überholte Regel in ein neues Gewand. Für HDTV gelte, wer die Technologie habe, habe die Märkte. Die Technologie nämlich sei normenunabhängig. Als am wichtigsten und schwierigsten bezeichnete der Wissenschaftler das Display für HDTV, ein Problem, das vernachlässigt worden sei. Entschieden wandte er sich gegen D2 MAC und seine Einführung als Zwischenstadium am Markt. Der Qualitätsunterschied zu PAL sei das Geld nicht wert. HD MAC nannte Mahler hingegen ein hervorragendes System, das man jetzt ohne Zwischenschritt einführen könnte.

Auf die Frage des CDU-Abgeordneten Helmut Eifring, ob nicht für den Kunden die „pädagogisch sauberen Informationen“ beim Kauf zu kurz kämen, meinte Ron Sommer von Sony: „Was den Kunden am meisten verunsichert, ist die Kompatibilitätstheorie“.



Blick in die Expertenrunde bei der Anhörung.

Foto: Schüler

Plenum: Augenblicke im Bild



Der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Dr. Christoph Zöpel, und der Abgeordnete Dr. Eugen Gerritz (beide SPD, v.r.)



Die Abgeordneten Helmut Lindner und Hans Litterscheid (beide CDU, v.l.)



Die Abgeordneten Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) und Marlis Robels-Fröhlich (CDU, v.r.)

Fotos: Schüler

Baunutzungsverordnung

CDU und SPD wollen gemeinsam Änderung in Bonn erreichen

In direkter Abstimmung hat der Landtag am 4. September die Anträge von CDU- und SPD-Fraktion zur Änderung der Baunutzungsverordnung des Bundes (Drs. 10/4603 und 10/4606) angenommen. Die F.D.P. stimmte dagegen.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) drückte sein Entsetzen über das Urteil eines bundesdeutschen Obergerichts aus, das den Bau eines Altenpflegeheims in einem reinen Wohngebiet für unzulässig erklärt hatte. Diese Entscheidung sei für unsere Gesellschaft einfach nicht erträglich, darum müsse die Rechtsgrundlage, auf der sie gefallen sei, geändert werden. Das bedeute, daß Paragraph 3 der Baunutzungsverordnung neuformuliert werden müsse. „Wer sich etwas mit den Verhältnissen in Pflegeheimen und darüber hinaus auch in Altenheimen auskennt, der weiß, daß dort Menschen einsam sind, daß sie gerade auf den Besuch aus der Nachbarschaft angewiesen sind, wenn schon nicht die Verwandten und engsten Familienangehörigen kommen. Dann ist es schon Zynismus, wenn unsere Rechtsordnung es nicht erlaubt, ein Altenpflegeheim in einem solchen Gebiet zu errichten.“

Robert Schumacher (SPD) nannte die beiden im übrigen deckungsgleichen Anträge nötig, „um die Rechtslage und damit auch die Rechtsprechung zu ändern. Und doch empfinde ich Scham, daß dieser Antrag überhaupt gestellt werden muß.“ Er wolle dies nicht als Richterscheit, sondern als gesellschaftlichen Skandal verstanden wissen. Die Rechtsprechung lege die Formulierung des Paragraphen 3 offenbar so aus, daß „reines Wohnen nicht Zusammenwohnen mit Kindern in Kindergärten bedeute, Zusammenwohnen mit Behinderten oder in behindertengerechten Einrichtungen, Zusammenwohnen mit Senioren in Seniorenwohnheimen“. Es werde offenbar so ausgelegt, daß „reines Wohnen wohl im Gegensatz zum unreinen Wohnen nach der Verordnung nicht durch Gottesdienste, gemeindliche Begegnung, sportliche Betätigung, durch unreine Arbeit und durch das Ertragen sozialer Randgruppen gestört“ werden dürfe. So entgleite der Anspruch des Grundgesetzes, das Eigentum zu schützen, in einen „Götzendienst an das Habenwollen“.

Hagen Tschöeltsch (F.D.P.) erläuterte, daß seine Fraktion die beiden Anträge ablehnen werde: Zwar sei auch die F.D.P. der gleichen Meinung, „daß ein Wohngebäude seinen Charakter nicht verliert, weil Menschen darin gepflegt und betreut werden“, doch diese beiden Anträge gingen weit darüber hinaus und veränderten den Charakter des Wohngebiets, indem sie darin kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Anlage ausnahmsweise zulassen wollten. Im übrigen sei es schon jetzt so, daß die Gemeinden durch diese Verordnung nicht eingeschränkt würden; sie könnten nämlich einen Bebauungsplan so aufstellen, „daß in einem reinen Wohngebiet zum Beispiel ein Altenpflegeheim oder eine Asylantenunterkunft errichtet werden kann“.

Liberaler fordern mehr Elternrechte SPD sieht keinen Handlungsbedarf

Rudolf Wickel (F.D.P.) erklärte bei der Einbringung des Gesetzentwurfs seiner Fraktion, man wolle mehr Elternrechte, weil gerade durch das Klassenbildungsgesetz, mit dem sich die SPD intern auseinandersetze, für die F.D.P. das Elternrecht eingeschränkt und die kommunale Selbstverwaltung geschwächt werde. „Wir fordern deshalb, daß Elternrechte auch in Nordrhein-Westfalen fixiert werden“, sagte der Abgeordnete. Man lege diesen Gesetzentwurf vor, weil man der Auffassung sei, daß die schulpolitische Entwicklung im Lande weitgehend an den Eltern betroffener Schüler vorbeigehe. Zur Stärkung der Elternrechte schlage die F.D.P. vor, auf der Ebene der Schulträger, Stadt- bzw. Gemeindeelternräte einzuführen. Dabei könne es nicht in der Gliederung verbleiben, also brauche man auch die Mitwirkungsrechte auf der Ebene des Regierungspräsidenten. Gleichzeitig sollten die Rechte der Schulpflegschaften gestärkt werden, indem eine besondere Verbindung der Elternverbände und der Schulpflegschaften herausgestellt würde. Ferner wolle man die Verbesserung der Mitwirkung an Fachkonferenzen, denn die Eltern sollten das Recht erhalten, dort eigene Anträge zu stellen. An berufsbildenden Schulen sei eine Verbesserung durch Einführung einer Öffnungsklausel zu erreichen. Die F.D.P. schlage zudem eine freiwillige Zusammenarbeit sämtlicher Elternverbände auf Landesebene in Form einer Arbeitsgemeinschaft vor.

Herbert Heidtmann (SPD) betonte, durch das von der sozial-liberalen Koalition am 30. November 1977 nach langen Beratungen in diesem Haus verabschiedete Schulmitwirkungsgesetz seien die Rechte der Eltern im Lande in einem solchen Umfang umfassend abgesichert und gesetzlich geregelt worden, „daß wir im Grunde keinen Handlungsbedarf erkennen“. Es habe nie zuvor so viele Mitsprache- und Entscheidungskompetenzen für Erziehungsberechtigte gegeben wie seit Verabschiedung dieses Gesetzes.

Einseitige Stärkung

Die F.D.P. wolle mit ihrem Antrag aus dem gut funktionierenden Instrumentarium des Schulmitwirkungsgesetzes ein bürokratisches Vehikel machen, einen starren, unflexiblen durchorganisierten Mammutbetrieb, in dem jede vernünftige Art von Schulentwicklung, Schulmitwirkung und pädagogische Verantwortung nahezu unmöglich gemacht werde. Er vermöge nicht zu erkennen, was das mit Liberalität und Freizügigkeit zu tun habe, sagte der Abgeordnete. Im Ergebnis werde durch die einseitige Stützung der Eltern das Recht der Schüler und Lehrer beeinträchtigt. Heidtmann vermutete ferner in dem Entwurf eine einseitige Stärkung der Verbändeopposition.

Marie-Luise Woldering (CDU) vertrat die Auffassung, Eltern seien Partner im schuli-

Die F.D.P.-Fraktion will mit einem von ihr eingebrachten Gesetzentwurf (Drs. 10/4568) eine Stärkung der Elternrechte erreichen, die sie nach Angaben ihres schulpolitischen Sprechers Rudolf Wickel durch das Klassenbildungsgesetz eingeschränkt sieht. Der Schulpflegeexperte der SPD-Fraktion, Herbert Heidtmann, entgegnete unter Hinweis auf das Schulmitwirkungsgesetz von 1977, man sehe keinen Handlungsbedarf. CDU-Sprecherin Marie-Luise Woldering erkannte nach eigenen Angaben auf verschiedenen Ebenen „gute Ansätze“ in dem F.D.P.-Entwurf. Kultusminister Hans Schwier (SPD) warnte davor, durch Schul- und Elternparlamente den Gemeinden Rechte und Pflichten zu nehmen. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung überwiesen.



Kontroverse über Elternrechte: v.l. Rudolf Wickel (F.D.P.), Herbert Heidtmann (SPD), Marie-Luise Woldering (CDU) und Kultusminister Hans Schwier (SPD).
Fotos: Schüler

schen Erziehungs- und Bildungsauftrag. Die Mitwirkung der Eltern habe sich in diesem Bereich überwiegend bewährt. Auf der Ebene des Schulträgers schienen auch gute Ansätze im F.D.P.-Gesetzentwurf für eine stärkere Einbeziehung der Eltern zu sein. Hier werde bisher nur die Schule, das heiße die Schulkonferenz, mit der absoluten Mehrheit der Lehrer beteiligt, nicht aber die Eltern. Auf der Ebene des Regierungspräsidenten finde zur Zeit Elternmitwirkung überhaupt nicht statt. Man müsse auf dieser Ebene jedoch das Ziel im Auge haben, keine zu starke Verbürokratisierung zu verursachen. Man komme an dieser Stelle weiter, wenn der Informationsfluß für die Eltern garantiert werde. Auf der Ebene des Kultusministers sei allerdings eine Beteiligung der Eltern an der Gestaltung des Schulwesens trotz der gesetzlichen Vorgaben offenbar überhaupt nicht gewährleistet. Als Beispiel dafür, wann der Kultusminister die Beteiligung der Eltern nicht für wichtig halte, erwähnte die Abgeordnete, die Klassenbildungsrichtlinien seien von ihm den Elternverbänden nicht zugeleitet worden. Auch bei den Schulversuchen zur Integration behinderter Kinder seien Elternverbände bisher nicht beteiligt worden. Ebenfalls nicht am Schulversuch Kollegschule. Den Vorschlag der F.D.P. zur Stärkung der Elternrechte nannte die Politikerin einen „sehr guten Ansatz“.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) unterstrich, bei der Abfassung des Schulmitwirkungsgesetzes habe man sich damals sehr große Mühe gegeben, auszutarieren, Rechte und Pflichten von Eltern und Schülern auf der einen Seite und Lehrern auf der anderen Seite. Und man habe zu Recht gesagt, da Schule ja in der Schule stattfindet, sollte sich hier die Schulmitwirkung der Betroffenen auch auswirken können. Zu den Vorschlägen der F.D.P. sagte der Minister, von einigen fürchte er, sie würden da, wo

das Klima kaputt sei, etwa Antragsrecht, die Situation auch nicht verbessern, und da, wo es gut sei, allerhöchstens das ganze Verfahren zusätzlich bürokratisieren. Ferner müsse sich die F.D.P. darüber im klaren sein, in dem Maße, in dem sie zum Beispiel für den Schulträger, also für die Gemeinde, ein Schul- oder Elternparlament installiere, nehme sie dem Schulträger, nämlich dem Gemeinderat sein Recht und seine Pflicht, letztlich zum Wohle aller Bürger zu entscheiden. Der Minister schloß, natürlich hätten Eltern, Schüler und Lehrer ihre Rechte innerhalb der Landespolitik und der Gemeindepolitik. Aber hier Ständeparlamente oder Räte einzuführen, halte er für genauso wenig zweckmäßig wie wenn man den gesamten Bereich der Verkehrspolitik ausschließlich dem ADAC übertragen würde.

Mensch und Straße

Die Zeitung „Mensch und Straße“ wende sich an die Bürger in den städtischen Gebieten, in denen umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit geplant und durchgeführt oder bereits fertiggestellt seien. Dadurch würden zwei Zielsetzungen erreicht; die Anwohner würden sowohl mit den konkreten Veränderungen in ihrem Wohnumfeld vertraut gemacht als auch mit den Mitteln der Verkehrsaufklärung, anknüpfend an ihre unmittelbare Betroffenheit, zu verkehrssicherem Verhalten bewogen. Die erste Ausgabe der Zeitung sei bereits im November 1988 als Pilotversuch in Kooperation mit sechs Städten erschienen. Darauf verweist Stadtentwicklungs- und Verkehrsminister Dr. Christoph Zöpel (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Manfred Heinemann und Heinz Hardt (Drs. 10/4509 und 10/4352).

Umstrittene Haushaltsklarheit Kein Mangel an Zahleninformation

Der F.D.P.-Antrag „Haushalts- und Finanzkatastrophe gefährdet die Zukunft Nordrhein-Westfalens“ (Drs. 10/4556) wurde nach kontroverser Aussprache am 4. September mit den Stimmen der SPD in direkter Abstimmung abgelehnt. Der CDU-Sprecher unterstützte den Wunsch des Antragstellers nach mehr Übersicht für die Parlamentarier.

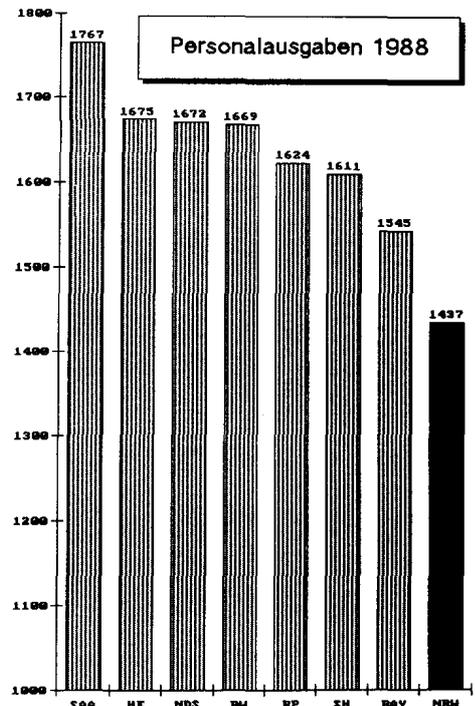
Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, legte dar, daß trotz abgelehnter F.D.P.-Anträge die Vorschläge seiner Fraktion: Finanzbericht, begrenzte Übertragbarkeit von Kreditermächtigungen und von Haushaltsresten von der Regierung übernommen würden. Der Landtag müsse als Haushaltsgesetzgeber die mittelfristige Finanzplanung selbst bestimmen, statt von der Regierung immer wieder mit neuen Eckwerten überrascht zu werden. Die Belastung der nächsten Generation mit Schulden und Zinsen sei ein moralisches Problem; es sei Aufgabe des Parlaments, hier einzugreifen. Ihm seien Prognosen im Schul-, im Hochschul-, im Versorgungsbereich nicht bekannt. Auch werde privates Potential zu wenig genutzt. Verbesserung des haushaltsrechtlichen Instrumentariums müsse aller Anliegen sein.

Reinhold Trinius (SPD) lobte die Sachlichkeit des Beitrags, korrigierte aber mehrere Antragsformulierungen. Daher müsse der Antrag sofort abgelehnt werden. Die hohen Zinsbelastungen seien durch die Kohle verursacht, daher keine Sackgasse. Die Kreditaufnahme in NRW werde durch eineinhalbmal so hohe Investitionen übertroffen. Das sei Leistung für die nächste Generation. Im Gegensatz zu anderen Ländern gebe es bei Führungspositionen in NRW keine Parteipolitik. Subventionsberichte seien bisher nicht beraten worden. Der Vorschlag, Leistungsgesetze zu befristen, sei ringsum untauglich und gefährlich. Weitere vom Antragsteller geforderte Informationen gehörten in den Landesentwicklungsbericht.

Heinz-Helmich van Schewick (CDU) sagte, der Antrag könne zu schärferer Trennung zwischen Exekutive und Legislative beitragen. Die Information des Finanzministers gebe Anlaß zur Kritik, Finanzplan und Finanzbericht seien in den letzten Jahren verkümmert. Zwischen Planung und Haushalt 1990 gebe es eine Differenz von 2,3 Milliarden Mark, das Ansehen des Parlaments werde dadurch nicht gerade gestärkt. Große Ausgabenblöcke sollten differenzierter dargestellt werden, EG-Programme verdeutlicht werden. Die Finanzplanung sollte nach der 3. Lesung um die Änderungen im Parlament korrigiert werden. Mehr Transparenz sei nötig, damit die Bürger ein klareres Bild über Erfolge und Mißerfolge bekämen.

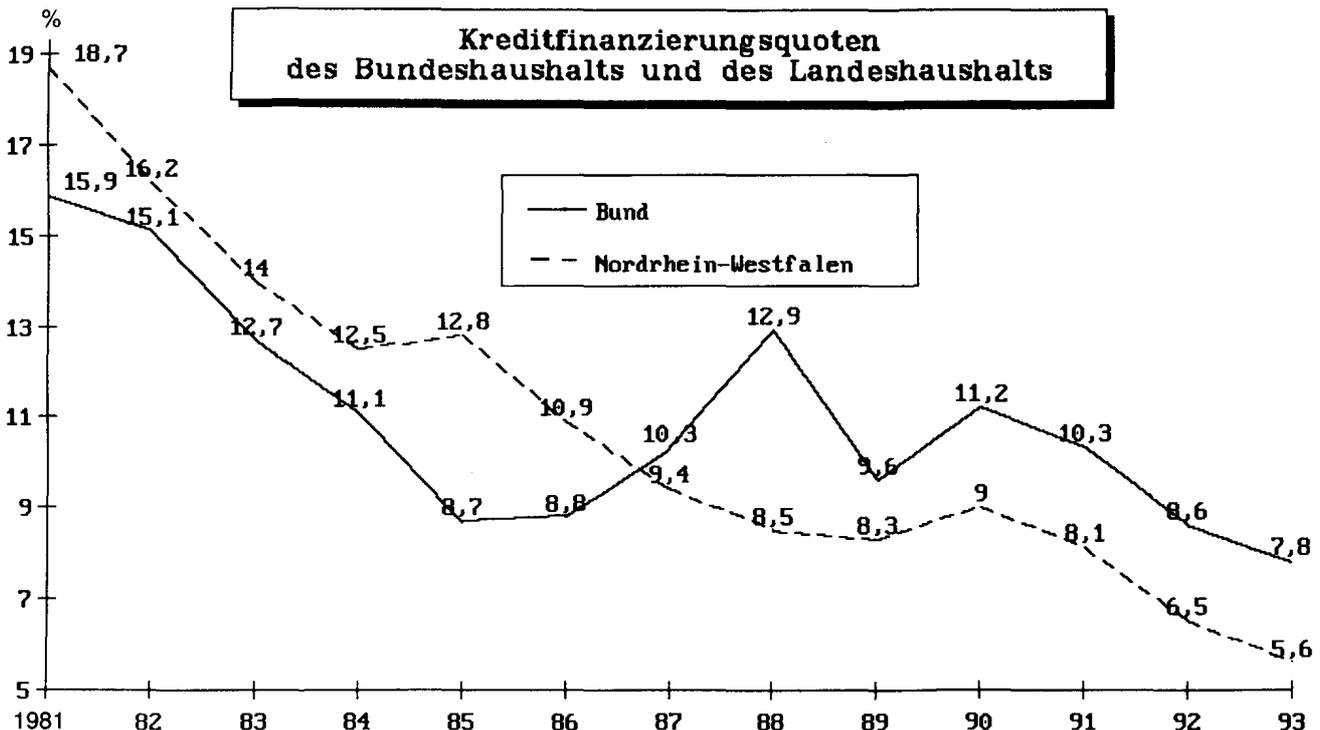
Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) bedauerte, daß die SPD ihre Mehrheit wieder nutzen werde, den Antrag in der ersten Beratung abzubügeln. Es wäre wichtig gewesen, ihn in den Fachausschüssen zu beraten. Im Ältestenrat sei gemeinsam die Ausschlußüberweisung beschlossen worden. Ihm sei völlig unverständlich, wie dennoch abgelehnt werden solle.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) nannte die Behauptung einer Finanzkatastrophe unsinnig. Enge Abstimmung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister sei selbstverständlich. Die F.D.P. wolle einen „großen Brockhaus der Landespolitik“. Das Problem der Effizienzkontrolle der Subventionen sei wissen-



Einen Vergleich der Ausgaben für die Landesbediensteten in D-Mark pro Jahr und Einwohner (Stand: 30. Juni 1988) unter den Flächenländern lieferte der Finanzminister als Schaubild zur ersten Lesung des Haushalts 1990 im Parlament.

schaftlich ungelöst. Der NRW-Finanzbericht lehne sich an den des Bundes an. Einen Mangel an Informationen gebe es nicht. Die im Antrag angesprochenen 3,7 Milliarden Mark enthielten einen groben Rechenfehler von 1,4 Milliarden, ferner gehe es um die später beschlossene Strukturhilfe des Bundes, unvermeidbare Mehrausgaben für Ausiedler und Anpassung der Koks-kohlenbeihilfe. Es bleibe eine Differenz zur ursprünglichen Planung von 130 Millionen Mark. Der F.D.P.-Antrag sei nicht seriös.



„Zu hohe Staatsverschuldung“ lautet der jährliche Vorwurf der Opposition während der Haushaltsdebatten, in Bonn seitens der SPD, in Düsseldorf seitens der CDU und der F.D.P. Eine Statistik des Finanzministers zeigt die Kreditfinanzierungsquoten von Bund und Land im Vergleich in Prozent.

Europäisches Übersetzer-Kollegium wartet auf bundesweite Anerkennung

Ministerpräsidenten entscheiden bald über die Frage der Finanzierung

Kulturausschuß des Landtags und Landesregierung dringen weiterhin darauf, daß das Europäische Übersetzer-Kollegium in Straelen in die gemeinsame Finanzierung der Kultusministerkonferenz aufgenommen wird. Angesichts des Umstands, daß die Ministerpräsidentenkonferenz voraussichtlich im Oktober — dann unter nordrhein-westfälischem Vorsitz — eine Entscheidung darüber treffen wird, sah der Kulturausschuß bei seiner Sitzung am 30. August davon ab, die bundesweite Anerkennung des renommierten Kollegs am Niederrhein durch eine Entschließung zusätzlich zu forcieren. — Wir setzen damit die Berichterstattung über die Sitzung des Kulturausschusses auf Schloß Brake fort.

Leitender Ministerialrat Fritz-Theo Mennicken vom Kultusministerium schilderte den Ausschußmitgliedern das Hin und Her um die Anerkennung des Kollegs: Die Kultusministerkonferenz (KMK) habe im September 1987 beschlossen, das Kolleg in die gemeinsame Finanzierung aufzunehmen; die Finanzministerkonferenz habe sich aber quergelegt. Da habe es auch nichts genutzt, daß der Landeskultusminister unter Assistenz seines Kollegen Landesfinanzminister mit Nachdruck darauf hingewiesen habe, daß das Kolleg von Schriftstellern aller Bundesländer besucht werde.

So sind bisher allein aus Baden-Württemberg (das sich allerdings bereits an der Finanzierung beteiligt) 288 Übersetzer in Straelen gewesen, aus NRW 244, Bayern 152, Berlin 83 und Hamburg 58. Auch die anderen Bundesländer sind vertreten. Nach den Erweiterungen der letzten Jahre soll im kommenden Jahr, wie Leitender Ministerialrat Dr. Ulrich Giebler vom Stadtentwicklungsmuseum mitteilte, ein nebenstehendes Haus für Zwecke des Übersetzer-Kollegiums ausgebaut werden. Dafür seien 520 000 Mark Landeszuschuß beantragt und bewilligt worden.

Auch mit der Restauratorenausbildung im Lande wird sich der Ausschuß in Kürze eingehend befassen. Nach den Worten von Dr. Eugen Gerritz (SPD) sei da eine „schlimme Entwicklung entgegen unseren Bestrebungen“ festzustellen. Die Absolventen der Fachschule in Brauweiler seien ohne jede Aussicht, einen Arbeitsplatz zu finden. Auch über die Eingangsvoraussetzungen müsse nachgedacht werden. Der Abgeordnete sprach zudem einen anderen Punkt an: Trotz zweier Anträge sei es bisher noch nicht gelungen, die Europäische Gemeinschaft an der Restaurierung des Aachener Doms, einem Zentralbauwerk Europas, finanziell zu beteiligen. Der Kulturausschuß solle über die Landesregierung versuchen, in einem Appell an Brüssel der EG den Wert des Aachener Doms erneut vor Augen zu stellen. Zentraler Tagesordnungspunkt dieser Ausschußsitzung unter der Leitung von Dr. Albrecht Beckel (CDU) waren jedoch das Weserrenaissance-Museum Schloß Brake



Auf den Mauern eines Burgbaus des 12. Jahrhunderts gründet Schloß Brake, das heute Sitz des Landesverbandes Lippe ist und das Weserrenaissance-Museum beherbergt.

und die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Jahr der Weserrenaissance 1989. Für das mit diesem Jahr verbundene Veranstaltungsprogramm hat das Land eine halbe Million zur Verfügung gestellt; für die in NRW „bravourös“ (Dr. Giebler) hergestellte Strecke der Straße der Weserrenaissance waren es 50 000 Mark Landesbeteiligung. Für das kommende Jahr fließt eine Million aus dem Landesetat, um die Forschungstätigkeit des Museums abzusichern; für die nächsten Jahre sind Verpflichtungsermächtigungen von sechs Millionen Mark vorgesehen. Nicht verschwiegen werden sollte, so Giebler weiter, auch eine Spende von einer dreiviertel Million, mit der das Westdeutsche

Werbefernsehen die Anfänge des Museums wesentlich gestützt habe.

Insgesamt hat nach den Worten des Vorstehers des Lippeverbandes, Helmut Holländer, die Sanierung von Schloß Brake 23 Millionen Mark gekostet, wovon allein etwa zehn Millionen auf den Museumsbereich entfallen. Holländer erinnerte daran, daß sich der Landesverband, der Kreis Lippe und die Stadt Lemgo 1986 zu einem Zweckverband zusammengeschlossen haben, um die Weserrenaissance im gesamten Raum zu erforschen, zu dokumentieren und zu präsentieren. Am 22. April 1989 habe man schließlich das Museum der Öffentlichkeit zugänglich machen können.

„Wir haben mit fünf Bleistiften und zwei Notizblöcken angefangen“, blickte Museumsleiter Dr. G. Ulrich Großmann auf die ersten drei Jahre bei seiner Erläuterung der Arbeit des Museums zurück. Inzwischen verfüge man über eine Sammlung von 400 Originalstücken, die bei der laufenden Ausstellung durch wertvolle Leihgaben aus anderen bundesdeutschen und ausländischen Museen ergänzt würden. Diese stelle man auf einer Fläche von 1 500 Quadratmetern in zehn Räumen aus. Großmann nannte als Aufgaben des Museums, die Zeugnisse der Weserrenaissance (ihr opulenter Baustil entfaltete sich in einem Gebiet zwischen Osnabrück und Wolfsburg, Bremen und Kassel, wobei auf das Land NRW ein Anteil von 45 bis 50 Prozent entfalle) zu konservieren, präsentieren, zu archivieren und zu erforschen. Vor allem bei der Forschung müsse Neuland besritten werden; mit Stolz bemerkte Großmann, daß hier Forschungsarbeit in der Provinz stattfinden — „und nicht an den Universitäten, die haben das in den letzten 30 bis 40 Jahren nicht geschafft“.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Bürgermeister der Stadt Lemgo, Reinhard Wilmbusse, seine Kolleginnen und Kollegen im Kulturausschuß begrüßt. Er unterstrich die Leistungen des Landes bei Stadtsanierung und -erneuerung. Dies sei ein Aufgabenbereich, den Lemgo schon früh angepackt und jetzt, ein Jahr vor dem 800jährigen Stadtjubiläum, fast zu Ende gebracht habe.



Mit Interesse folgten die Ausschußmitglieder im Hof von Schloß Brake den Erläuterungen von Dr. Ulrich Großmann, dem Leiter des Weserrenaissance-Museums.

Städtebauminister Zöpel legt seinen letzten Etat dem Landtag vor

Wertungen schwanken zwischen fehlender Kontinuität und erfolgreicher Bilanz

Mit dem Wohnungs- und Städtebauetat 1990 befaßte sich der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen am 4. September und nahm dabei einen einführenden Bericht von Wohnungs- und Städtebauminister Dr. Christoph Zöpel (SPD) entgegen. Nach einer ersten Aussprache kündigte Ausschußvorsitzender Erwin Pfänder (SPD) die Fortsetzung der Beratungen für Anfang Oktober an.

Minister Zöpel betonte, daß sich der Haushalt 1990 für den Bereich Städtebau und Wohnungswesen fiskalisch günstiger darstelle und höher als im Vorjahr sei. Auf dieser Grundlage finde eine kontinuierliche Fortsetzung der Wohnungs- und Städtebaupolitik statt. Im Prinzip seien die Mittel für Stadterneuerung und Denkmalschutz konstant geblieben. Was den Wohnungsbau angehe, so gebe es eine wichtige Grundsatzentscheidung der Landesregierung, wonach Mittel des Landeswohnungsbauvermögens nur noch für Zwecke der Darlehnsförderung verwandt werden dürften. Somit könne die Auszehrung für konsumtive Zwecke als beendet angesehen werden. Im Interesse einer kontinuierlichen Förderung habe es bereits die Hälfte des Mietwohnungsbaukontingents für 1990 freigegeben. Im Eigentumsbereich könnten weiter Anträge gestellt werden. Über die Einzelheiten der neuen Eigentumsförderung werde er im Oktober berichten. Bei der Modernisierungsförderung habe man eine Umstellung von Zuschüssen auf Darlehnsförderung vorgenommen. Schließlich sei zum Staatshochbau zu bemerken, daß mehr Mittel für Bauunterhaltung bereitgestellt würden. Dabei seien Prioritäten gesetzt zugunsten von Kliniken und Denkmälern.

In der Grundsatzaussprache über den Etat 1990 betonte CDU-Sprecher Hubert Doppmeier, angesichts der Tatsache, daß der

Minister sich für ein Bonner Bundestagsmandat entschieden habe, dieser Haushalt der letzte von ihm zu verantwortende sei und es sich anböte, Bilanz zu ziehen. Dabei wolle er dem Minister durchaus konzedieren, daß er nicht immer so gekonnt hätte, wie er wollte. Mitte der 80er Jahre sei es schwer gewesen, für den Wohnungsbau Mittel vom Finanzminister bereitgestellt zu bekommen. Inzwischen habe sich die Situation gründlich geändert und Wohnungsbau sei wieder ein politisches Thema. Zur Bilanz: Die Politik von Zöpel sei am besten mit dem Stichwort „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ zu umschreiben. Die vom Minister beschworene Kontinuität und Berechenbarkeit in der Wohnungsbaupolitik sei nicht erreicht worden. Wie bereits bei der Städtebauförderung, in der der Bund seit 1986 wieder Mittel bereitgestellt habe, sei der Bund jetzt auch wieder bei der Wohnungsbauförderung aktiv und stelle Gelder für Aufgaben bereit, für die er an sich nicht mehr zuständig sei. Denn Wohnungsbau sei eine originäre Landesaufgabe.

Aktuelle Probleme gebe es bei den Eigentumsmaßnahmen. Es sei nicht gut, daß erst im Herbst die neuen Förderbestimmungen vorliegen würden. Für bauwillige Familien würde dies mit großen Erschwernissen verbunden sein, denn eine rechtzeitige Finanzierung sei so nicht sicherzustellen. Wenn der Minister im Mai nächsten Jahres aus dem Amt scheidet, hinterlasse er – wenn gleich er persönlich nicht für alles verantwortlich zu machen sei – einen Politikbereich, mit dem er selbst nicht zufrieden sein könne und der auch kein besonderes Prädikat verdient habe.

SPD-Sprecher Volkmar Schultz wies darauf hin, daß auch der CDU-Redner zum letzten Mal eine Haushaltsberatung im Ausschuß mitmache, da er ebenfalls nach Bonn strebe. Deshalb wolle er dem Kollegen noch

einmal ordentlich zu widersprechen. Denn wenn man auf neun Jahre Zöpelsches Ministeramt zurückblicke, erkenne man eine erfolgreiche Bilanz, die unser Land verändert habe.

Am augenfälligsten sei dies bei der Städtebauförderung. Auch habe der Minister politische Intelligenz bewiesen, indem er 1982 den Wohnungswirtschaftlichen Bericht vorgelegt habe, der den Gesamtbereich des Wohnungsbaus – öffentlich und privat – aufgefächert habe.

Schultz verwahrte sich dagegen, die jetzige Situation am Wohnungsmarkt mit dem Begriff Wohnungsengpässe zu kennzeichnen; dies sei eine Verniedlichung des Problems. Für denjenigen, der keine Wohnung habe, liege kein Engpaß, sondern Wohnungsnot vor. Inzwischen seien auch aus Bonn interessante neue Töne zu hören, was sicherlich mit der neuen Ministerin zusammenhänge. Insgesamt zeige dies, daß unser reicher Staat es sich nicht leisten könne, die Wohnungsversorgung außen vor zu lassen. Für die neue Legislaturperiode sah der Sprecher deshalb die dringliche Verpflichtung aller Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden, Wohnungsbau zu betreiben.

Hans-Joachim Kuhl von der F.D.P. entdeckte Gemeinsamkeiten: Neben Zöpel wolle auch Doppmeier nach Bonn. Was die Wohnungsbaubilanz angehe, beruhige es ihn, daß alle Fehler gemacht hätten. Besonders geärgert habe ihn, daß man mit dem Aussiedler-Wohnungsbau eine Neiddiskussion heraufbeschworen habe, die immer noch andauere. Nicht zulassen könne er, daß jetzt wieder von Wohnungsnot gesprochen werde. Denn dies bringe eine ganz bestimmte Dynamik in die Diskussion. Wenn Kontinuität geherrscht hätte, wie sie im mehrjährigen Wohnungsbauprogramm geplant gewesen sei, wären die heutigen Probleme nicht aufgetaucht.

Denn das Zurückfahren der öffentlichen Förderung hatte auch Auswirkungen auf den freifinanzierten Bereich mit sich gebracht, da dies als Stoppsignal verstanden worden sei. Jetzt gäbe es keine Wohnungsnot, sondern Engpässe in Teilmärkten. Dazu käme, daß Aus- und Übersiedler durch ihre Wohnsitzentscheidung das Problem noch verschärften. Hier habe ja die Bundesregierung mit ihrem Zuweisungsgesetz Wege aufgezeigt. Zusammenfassend stellte Kuhl fest, daß weiter Wohnungen sowohl von der Öffentlichen Hand als auch freifinanziert gebaut werden müßten. Der jetzt vorliegende Haushalt sei einer der wichtigsten für die kommenden Jahre. Die F.D.P. werde sich eingehend an der Beratung beteiligen. In abschließenden Bemerkungen stellte Minister Zöpel fest, auch er betrachte den Wohnungsbau als alleinige Sache der Länder. Dies allerdings unter zwei Prämissen: Einmal müsse die Gesetzgebungskompetenz bei den Ländern liegen und der Bund müsse sich auch aus der aktuellen Politik heraushalten. Zum ändern müßte die Finanzverfassung neu überdacht werden. Er wolle jetzt noch nicht Bilanz ziehen, möchte aber betonen, daß die von ihm formulierte Politik der sozialen Komponente des Wohnens inzwischen in keiner Rede mehr fehle. Ein Bereich erfülle ihn mit Zufriedenheit: Dies sei die Kontinuität der Städtebauförderung des Landes – mit und ohne Bundesmittel.



Über die Möglichkeiten neuer Kohlefeuerungsanlagen hat sich der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen in einer Dortmunder Kaufmännischen Berufsschule informiert. Auf dem Bild (v.l.n.r.): Ausschußvorsitzender Erwin Pfänder, Gerd-Peter Wolf (beide SPD), Brunhild Decking-Schwill (CDU) und Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.), die sich von Horst Vock (r.) von der Ruhrkohle AG das Funktionieren der Anlage erläutern lassen.

Foto: Ruhrkohle

Kultusetat

Minister will Mehrbedarf an Lehrkräften nicht ausschließen

Die Einführung in den Einzelplan 05 — Kultusminister — des Landeshaushalts 1990 stand im Mittelpunkt der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 6. September. Daneben stimmte der Ausschuß mehrheitlich der Verordnung über die Ausbildung für ausländische Studierende der Studienkollegs an wissenschaftlichen Hochschulen, der Verordnung über die Ersatzschulen und der Verordnung über die Nichtschülerprüfung zum Erwerb der Abschlüsse in der Sekundarstufe I zu.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) führte aus, daß sein Ressort an dem Gesamtvolumen des Haushalts von 66 Milliarden Mark mit 11,7 Milliarden (17,8 Prozent) beteiligt sei. Der Einzelplan 05 weise für den Schulbereich 135 001 Stellen auf. Zum Schuljahresbeginn 1990 würden nur noch 9 235 Stellen als sogenannte Überhangstelle mit einem „künftig wegfallend“-Vermerk ausgewiesen sein. 1989 trugen noch 16 173 Stellen diesen Vermerk.

Uneingeschränkt positiv für die schulische Unterrichtsversorgung sei der kw-Stellenabbau zu beurteilen, der auf eine Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation zurückgehe, wie dies bei den Sonderschulen für Lernbehinderte der Fall sei, wo die Schüler-Lehrer-Relation nach der Senkung von 12,8 auf 11,8 im vergangenen Jahr nunmehr auf 11,3 herabgesetzt werde. In der Grundschule werde es zukünftig keine kw-Stellen mehr geben. Im Gegenteil: Es müssen etwa 40 Stellen aus der Hauptschule in die Grundschule verlagert werden. In der Hauptschule, Realschule und Gymnasium nähme zwar die kw-Stellen erheblich ab, doch bleibe ein beachtlicher Überhang. Auch die Gesamtschule werde ihren Bedarf nur dann erfüllen können, wenn aus anderen Schulkapiteln im Umfang von 377 Stellen Lehrer versetzt werden. Auch die Schule für Lernbehinderte weise, trotz des vielfach beklagten Unterrichtsausfalls, noch einen Stellenüberhang aus. Angesichts der vorgesehenen Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation und der zum Schuljahresbeginn 1989 vorgenommenen 130 Neueinstellungen sei hier mit einer leicht verbesserten Situation zu rechnen. Bei den sonstigen Sonderschulen siehe der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 250 Neueinstellungen vor.

Auch an den berufsbildenden Schulen/Kollegschulen nehme der kw-Überhang ab. Hier dominierten vor allem die fachspezifischen Probleme. Seine Absicht, in der Berufsschule die Schüler-Lehrer-Relation von 51 auf 45 zum 1. August 1990 zu senken, habe er im Hinblick auf den im Kabinett gefällten Prioritätenentscheidungen nicht durchsetzen können. Nach dem Entwurf des Haushaltsgesetzes erhielten aber die berufsbildenden Schulen 250 Einstellungs-



Bei einem Gespräch im Landtag am 4. September überreichten Vertreter der Landesfachgruppe Spielmobil NRW dem Vorsitzenden des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Helmut Hellwig (SPD, 2. v.l.), ihr Konzept für die Errichtung eines „Landeszentrums für Spiel- und Kulturpädagogik“ (siehe Foto). Die LFG-Spielmobil NRW besteht aus einem Zusammenschluß freier und kommunaler Spielmobilträger und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in NRW mit dem Ziel der Beratung und Fortbildung im Bereich Spielmobilarbeit, Durchführung von Spielaktionen, Informationssammlung und gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit. Sie ist als nichteingetragener Verein der Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste angeschlossen. Zur effektiveren Durchführung und Erweiterung ihrer bisherigen Aktivitäten plant die Initiative die Errichtung eines „Landeszentrums für Spiel- und Kulturpädagogik“ als zentrale Produktions-, Dienstleistungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte für den spielpädagogischen Bereich in NRW. Das Konzept soll allen Städten angeboten werden, die auf die entsprechenden Förderungsmöglichkeiten Zugriff haben. Die LFG-Spielmobil NRW bevorzugt wegen der Angebotsstruktur eine zentrale Lage im Ruhrgebiet. Sie hat das Projekt mittlerweile der Emscherpark GmbH als Modellprojekt im Rahmen der Internationalen Bauausstellung eingereicht.

möglichkeiten. Bei einer Relationsverbesserung auf 45 zu 1 hätte sich ein Einstellungsbedarf von 400 Stellen ergeben, so daß der Unterschied allerdings nur 150 Stellen betrage.

Abbau von Teilzeit

Neben den 500 Neueinstellungsmöglichkeiten sehe das Haushaltsgesetz 1990 eine Aufstockung von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen des Einstellungsjahrgangs 1987 im Umfang von 700 Stellen vor. Das bedeute, daß 2 100 Lehrerinnen und Lehrer von einer Teilzeitbeschäftigung in eine Vollzeitbeschäftigung übernommen werden.

Kultusminister Schwier räumte ein, daß mit dem Haushaltsentwurf 1990 Einschätzungs- und Prognoserisiken verbunden seien, die in erster Linie auf die nicht berechenbare Anzahl der Aussiedlerkinder, die Erweiterung des Erziehungsurlaubes und die Folgen des Klassenbildungsgesetzes zurückzuführen sind. Der Minister versicherte, daß er noch im Rahmen der Haushaltsberatungen zumindest einen Ausgleich für die sich aus der Klassenbildung ergebenden Mehrbedarfe vorschlagen werde.

Im einzelnen hob der Minister besondere Schwerpunkte hervor. Demnach soll die Beratungsstelle für Neue Technologien am Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest 1990 um zwei Stellen verstärkt werden. Außerdem sollen 25 von der Unterrichtsverpflichtung voll freigestellte Lehrkräfte am Landesinstitut für innovative Aufgabenschwerpunkte für Curriculumentwicklung, Lehrerfortbildung und Nachqualifizierung sowie in den Neuen Technologien tätig werden. Das Programm zur Qualifikationserweiterung von Lehrern wird um zwei Millionen Mark erhöht. Bei der Förderung von Jugendreisen im Rahmen des Landesjugendplans sind die Mittel für den internatio-

nalen Schüleraustausch um 100 000 auf 400 000 Mark aufgestockt worden. Der Anteil der Gesamtausgaben für die privaten Ersatzschulen überschreitet 1990 erstmals die Milliardengrenze. Aus dem Strukturhilfeprogramm des Bundes für Nordrhein-Westfalen partizipiert der Etat des Kultusministers mit vier Millionen Mark, die zusätzlich für die Errichtung von Werkstätten an berufsbildenden Schulen zur Verfügung gestellt werden.

In der anschließenden Aussprache kritisierte der Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Manfred Dammeyer, daß der Haushaltsentwurf 1990 den sich abzeichnenden Einstellungsbedarf im Bereich der Grundschulen und der Sonderschulen offenbar unberücksichtigt lasse. Ilse Oel (CDU) beanstandete, daß eine Aufstockung der teilzeitbeschäftigten Religionslehrer nicht vorgesehen sei. Dr. Heime (CDU) wies darauf hin, daß der Gesamtanteil des Kultusetats am Landeshaushalt weiter gesunken und inzwischen auf dem Stand von 1981 angelangt sei. CDU-Sprecher Herbert Reul machte geltend, daß sich Jahr für Jahr die Folgen einer verfehlten Personalpolitik des Kultusministers im Landeshaushalt niederschlugen. So sei es kaum verständlich, daß die absehbaren Mehrbedarfe aufgrund des Klassenbildungsgesetzes, der Aussiedlerproblematik und des Erziehungsurlaubes nicht berücksichtigt sind. Auch Brigitte Speth und Dr. Bernd Brunemeier von der Regierungsfraktion drückten ihre Skepsis hinsichtlich der Bedarfsdeckung bei den Grund- und Gesamtschulen aus.

Kultusminister Hans Schwier betonte, daß bislang den Haushaltszahlen immer realistische Annahmen zugrunde lagen. Allerdings könne man Prognoserisiken nie ausschließen. Auf Befragen von Rudolf Wickel (F.D.P.) versicherte der Kultusminister, daß er noch während der Haushaltsberatungen sich aufgrund neuer statistischer Daten ergebende Mehrbedarfe offenlegen werde.

Aussiedler: Vorläufiger Wohnsitz kann von Amts wegen festgelegt werden

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat sich am 6. September unter dem Vorsitz von Karlheinz Bräuer (SPD) mit dem Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Aussiedler und Übersiedler – Aussiedler-Zuweisungsverordnung (Vorlage 10/2343) – befaßt.

Der Bund hat im Juli dieses Jahres das Gesetz über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Aussiedler und Übersiedler erlassen. Durch das Gesetz, das auf drei Jahre befristet ist, werden die Landesregierungen ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu einer gleichmäßigen Verteilung der Aussiedler und Übersiedler innerhalb der Länder zu kommen, um so die Erstbetreuung in allen Gemeinden sicherzustellen. Daher hat die Landesregierung beschlossen, eine Durchführungsverordnung zu erlassen. Ziel dieses Entwurfs ist, hauptbetroffenen Gemeinden zu ermöglichen, sich für ein halbes Jahr von der Aufnahmeverpflichtung des Landesaufnahmegesetzes freistellen zu lassen. Aussiedler und Übersiedler, die in eine freigestellte Gemeinde ziehen wollen, werden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, dann einer anderen Gemeinde zugewiesen. Unter allen übrigen Gemeinden können sie ihren Wohnort nach wie vor frei wählen. Mit diesem Vorschlag löst sich die Landesregierung von den Vorstellungen des Bundes. Das Gesetz sieht eigentlich eine Verteilung aller Aussiedler

vor. Der Weg, den die Landesregierung gehen will, greife, so Minister Heinemann, in das Grundrecht auf Freizügigkeit, jedoch in einem wesentlich geringeren Maße, ein.

25 Gemeinden des Landes haben auf der Grundlage der Zugangszahlen der letzten zwölf Monate trotz der von der Landesregierung bereits eingeleiteten Maßnahmen zu einer breiteren Streuung des Zugangs mindestens doppelt so viele Aussiedler und Übersiedler aufnehmen müssen, wie es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. In diesen Gemeinden müssen derzeit Tausende Aussiedler und Übersiedler in Notunterkünften, wie Turnhallen und Containern, leben. Diese und alle anderen Gemeinden, die zukünftig eine Aufnahmequote von 200 Prozent erreichen, sollen auf Antrag von der Aufnahmeverpflichtung freigestellt werden. Hermann-Josef Arentz und Heinrich Dreyer (beide CDU) wiesen darauf hin, daß das Bundesgesetz wohl eine positive Grundlage darstellt. Sie gaben zu bedenken, ob man nicht die Berechnung der Aufnahmequote anstelle der letzten zwölf Monate besser der letzten 24 Monate vornehmen sollte. Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) schloß sich dieser Meinung an. Der Minister erklärte, daß man schon eine Berechnung für zwölf und 24 Monate vorgenommen habe. Bei der Berechnung von 24 Monaten würde manche Gemeinde nicht berücksichtigt werden können. Ulrich Schmidt bedankte sich für seine Fraktion für das schnelle Handeln der Landesregierung. Ihm sei allerdings bewußt, daß dies keine leichte Entscheidung sei, da Eingriffe vorgenom-

men werden müßten. Auf der anderen Seite bedeute dies eine Entlastung von 25 stark betroffenen Gemeinden. — Die Verordnung wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Danach begann der Ausschuß mit den Haushaltsberatungen des Einzelplans 07 (Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales). Minister Heinemann wies darauf hin, daß das Volumen des Einzelplans 07 — wie in den Vorjahren — eine relativ höhere Ansatzsteigerung ausweise als der Gesamthaushalt: 5,8 statt 3,2 Prozent. Leider schaffe dies in Zeiten knapper öffentlicher Mittel kaum freie Finanzierungsspitzen, denn der Einzelplan 07 ist wie kaum ein anderer Einzelplan der Landesregierung mit gesetzesvollziehenden und artverwandten laufenden Ausgaben vorbelastet. Allein für kaum zu beeinflussende Steigerungen in diesem Bereich waren nämlich 273,5 Mio Mark (insgesamt 3174,3 Mio Mark) bereitzustellen, um gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen oder notwendige und bewährte Maßnahmen zu sichern und fortzuführen. Um so zwingender war es daher, die verbleibenden und knappen Mittel nach politischen Prioritäten zu verteilen. Einen wichtigen Handlungspunkt habe man — so der Minister — auch im Jahre 1990 verstärkt im Arbeitsmarktbereich ansetzen müssen.

Aus dem Bereich der Gesundheitspolitik hob der Minister drei Bereiche hervor. Es sind dies die Drogen- und AIDS-Problematik, das Landesprogramm „Gesundheit von Mutter und Kind“ sowie die Krankenhauspolitik. Zur Krankenhausituation wies der Minister darauf hin, daß die Anpassung der Bettenkapazität an den tatsächlichen Bedarf kontinuierlich fortgesetzt werde. So werden jährlich rund 1000 Krankenhausbetten abgebaut. Neben der bereits erwähnten kontinuierlichen Anpassung der Bettenkapazität an den tatsächlichen Bedarf ist es Ziel der Landespolitik, die bedarfsgerechten und nach dem Krankenhausgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen förderungsfähigen Krankenhäuser auf einem zeitgemäßen Standard zu halten. Zu diesem Zweck sind Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigungen ausgewiesen, die für 1990 mit insgesamt 600 Millionen Mark einen um 50 Millionen Mark gegenüber 1989 höheren Bewilligungsrahmen ermöglichen. Auch die Krankenhauspauschalen sind allein im Baransatz um 32 Millionen Mark erhöht worden. Weiterer Schwerpunkt der Landespolitik im Krankenhaussektor ist die spürbare Besserung der herzchirurgischen Versorgung im Lande. In Nordrhein-Westfalen wird eine Kapazität von 11700 Herzoperationen pro Jahr kurzfristig angestrebt.

Aus dem Bereich der Sozialpolitik betonte der Minister besonders die Politik für unsere älteren Mitbürger. Altenpolitik sei für die Landesregierung eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben.

In der regen Aussprache zeigte sich der Sprecher der Fraktion der CDU, Hermann-Josef Arentz, sehr enttäuscht von der Vorlage des Haushalts. So seien etwa die Mittel im Bereich der Altenpolitik in den letzten Jahren erheblich gekürzt worden. Außerdem habe der Minister die Leistungen der jetzigen Bundesregierung nicht gewürdigt. Der Sprecher der SPD-Fraktion, Ulrich Schmidt, begrüßte dagegen die Haushaltsvorlage des Ministers.



Er gehört zu den Zeugen der Technikgeschichte im Ruhrgebiet wie im gesamten Land Nordrhein-Westfalen. Viele kennen ihn, den kleinen Gasbehälter an der Autobahn Münster-Wuppertal, in der Nähe der Abfahrt Herne-Eickel. Doch nur wenige wissen, daß es sich hierbei um einen der ersten Trockengasbehälter in Westfalen handelt. Er wurde 1928/29 durch die Firma August Klönne aus Dortmund für das ehemalige Stickstoffwerk Hibernia in Herne-Holsterhausen gebaut. Die Denkmalpfleger des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) haben seine Unterschutzstellung beantragt. Er ist ein sogenannter wasserloser Behälter (daher: Trockengasbehälter), der aus einem genieteten Zylindermantel besteht. Im Innern drückt ein Kolben in der Form einer Blechkuppel auf die Gassäule. Ein Kuppeldach deckt den Behälter ab. In einer Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Firma Klönne am 1. Juli 1929 heißt es zu dem damals neuen Typ: „Die Vorzüge dieser Behälterart gegenüber den Behältern mit Wasserbecken bestehen hauptsächlich in dem geringen Gewicht und dem gleichmäßigen Abnahmedruck.“ Neben den Teleskopbehältern (Glockengasbehältern), bei denen große, aus Blechplatten zusammengesetzte Glocken in ein mit Wasser gefülltes Becken tauchen und dadurch gegen Luftzufuhr abgesperrt sind, sowie den sogenannten Druckgasbehältern in Form einer Kugel fand der Trockengasbehälter weite Verbreitung. (Foto: LWL)

Frauenförderungsgesetz im Ausschuß verabschiedet

„... sind Frauen bevorzugt einzustellen“

Der Ausschuß für Frauenpolitik hat in der Sitzung am 14. September unter Leitung der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) schwerpunktmäßig den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Förderung der beruflichen Chancen von Frauen im öffentlichen Dienst abschließend beraten sowie die Beratung des Haushaltsplanentwurfes 1990 zum Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann aufgenommen.

Zur abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes zur Förderung der beruflichen Chancen von Frauen im öffentlichen Dienst wurde von den Fraktionen der SPD und der CDU jeweils ein Änderungsantrag eingebracht. Während der SPD-Antrag sich auf die Ausklammerung der Kirchen und öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften sowie der Provinzial-Versicherungsanstalten der Rheinprovinz bezog, beantragte die CDU eine Änderung dahingehend, daß Frauen und Männer dann bevorzugt eingestellt und befördert werden sollen, wenn sich ihr berufliches Fortkommen durch familienbedingte Ausfallzeiten verzögert hat. Das Gesetz sollte entsprechend umbenannt werden in „Gesetz zum Ausgleich der durch Familienarbeit verursachten Nachteile bei Frauen und Männern im öffentlichen Dienst“. Die Sprecherin der CDU-Fraktion Ilse Oel unterstrich mit diesem Änderungsantrag ihre Auffassung, daß durch den vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung einseitig Frauen gefördert und Männer benachteiligt würden. Gleichstellungspolitik müsse vielmehr die Lebenszusammenhänge von Frauen und Männern berücksichtigen. Darüber hinaus wurde noch einmal auf verfassungsrechtliche Bedenken und auf die notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit hingewiesen.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion Brigitte Speth führte aus, daß eine Änderung der Rahmenbedingungen unbedingt notwendig sei und durch das Frauenförderungsgesetz nicht überflüssig werde. Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion könne jedoch nicht zugestimmt werden, da er nicht an der nachweislichen Benachteiligung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts, sondern ausschließlich an der familienbedingten Benachteiligung ansetze und damit in eine völlig andere Richtung als der Gesetzentwurf gehe. Im übrigen begrüße die SPD-Fraktion den Gesetzentwurf, da durch ihn gezielt Frauen gefördert würden, er aber auch zu einer Bewußtseinsänderung in der Gesellschaft beitragen solle.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) wies noch einmal auf die verfassungsrechtlichen Bedenken hin, die durch die Anhörung ihrer Meinung nach bestätigt worden seien und unterstrich ihre Auffassung, daß durch die Verbesserung der bestehenden Rahmenbedingungen mehr erreicht werden könne als durch das Frauenförderungsgesetz. Eine Bewußtseinsänderung müsse zudem bereits im Kindergarten und in der Schule beginnen. In der anschließenden Abstimmung wurde der Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des SPD-Änderungsantrages mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen. Die zweite Lesung des Gesetzentwurfes im Plenum ist für den Oktober vorgesehen.

Im Rahmen der weiteren Tagesordnung nahm der Ausschuß die Beratung des Haushaltsplanentwurfes 1990 und zwar bezüglich des Aufgabengebietes Gleichstellung von Frau und Mann — Sachetat der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann — auf. Die Parlamentarische Staatssekretärin Ilse Ridder-Melchers gab zunächst eine Einführung in den Haushaltsentwurf und faßte in diesem Zusammenhang noch einmal die Schwerpunkte ihres Haushalts zusammen: Verbesserung der sozialen Lage von Frauen durch Förderung von Frauenhäusern, Frauenförderung in der Privatwirtschaft durch den Wettbewerb „Frauenfreundlichster Betrieb des Jahres“, Verbesserung der Situation der Frauen im öffentlichen Dienst durch Frauenförderungskonzept und Frauenförderungsgesetz, Ergänzung des Netzes kommunaler Gleichstellungsstellen, Öffentlichkeitsarbeit, Kontakt zu Bürgerinnen und Kooperation mit Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Berufsverbänden,

Kommission der Landtagsdirektoren tagte erstmalig

Die Konferenz der Landtagspräsidenten hatte sich bei einer Tagung am 14. und 15. Juni 1989 in Graz (Österreich) unter anderem mit Fragen des Rechts der Untersuchungsausschüsse befaßt und in diesem Zusammenhang eine Kommission der Landtagsdirektoren unter Federführung Nordrhein-Westfalens eingesetzt, die Empfehlungen für die Parlamentspräsidenten erarbeiten soll. Diese Kommission hat am Dienstag, 12. September 1989, unter dem Vorsitz des Direktors beim Landtag Nordrhein-Westfalen, Heinrich Große-Sender, erstmalig im Landtag in Düsseldorf getagt. Angesichts der komplexen Thematik werden weitere Sitzungen der Kommission folgen.

Kirchen. Die detaillierte Beratung der entsprechenden Haushaltstitel wird in der nächsten Ausschußsitzung fortgesetzt. Zum Ende der Sitzung diskutierte der Ausschuß den zweiten Bericht der Parlamentarischen Staatssekretärin zum Frauenförderungskonzept. Die Berichterstattung zu diesem Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Ausgabe von Landtag intern fortgesetzt.

Montan-Fraktion im Haushaltsausschuß

Arbeitsgruppe „Stahlrückflüsse“

In der von Vorsitzendem Hans Georg Weiss (CDU) geleiteten Sitzung stimmte der Haushalts- und Finanzausschuß am 14. September dem Vorschlag des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zu, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Beratung über die in den Landeshaushalt zurückfließenden Stahlbeihilfen zu bilden. Im Wirtschaftsausschuß stand der CDU-Antrag „Sicherung und Verwendung der rückzahlbaren Strukturhilfen für die Erneuerung des Landes“ auf der Tagesordnung.

In dem Antrag fordert die CDU, den Landesanteil von einem Drittel in einem Sonderprogramm für die Schaffung neuer Arbeitsplätze wiederzuverwenden. Stahlunternehmen, die Gewinne ausweisen, müssen einen Teil der staatlichen Beihilfen zurückzahlen. Wegen der unerwartet guten Absatzlage stünden jetzt aus den Jahren 1983 bis 85, so hatte Wirtschaftsminister Jochimsen erläutert, Rückzahlungen in Höhe von 1,2 Milliarden Mark an. Vom Landesanteil in Höhe von 384 Millionen seien bereits 90 Millionen Mark zurückgefließen. Mit der Bildung der Arbeitsgruppe wollen die Landtagsabgeordneten zusammen mit der Landesregierung darauf hinwirken, daß auch der Zweidrittel-Anteil des Bundes zur Arbeitsplatzbeschaffung in den Montanregionen wiederverwendet wird, was in Bonn derzeit nicht beabsichtigt ist. Die Leitung der Arbeitsgruppe wurde dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Hans Georg Weiss (CDU) übertragen. Der Ausschuß befaßte sich ferner in einem ersten Beratungsdurchgang mit den Haushaltsentwürfen für die Einzelpläne 12 (Finanzminister) und 14 (Allgemeine Finanzverwaltung) sowie dem Haushaltsge-

setz 1990. Zu mehreren, von der Opposition hinterfragten Ansätzen gab der Finanzminister zusätzliche Erläuterungen. Aus dem Bereich Allgemeine Finanzverwaltung wurde bekannt, daß für die neu gegründete Stiftung Kulturpflege für 1990 ein Zuschuß von vier Millionen Mark vorgesehen ist. Für den Umbau des Ständehauses und der weiteren früheren Landtagsgebäude zur Unterbringung der Staatskanzlei sind zusammen 76,7 Millionen Mark, davon im Haushalt 1990 13,6 Millionen Mark, veranschlagt. In den Dienststellen des Finanzministers sind Mehrkosten in Höhe von 98 000 Mark zu erwarten, weil gemäß Landtagsbeschluß möglichst nur noch Reinigungskräfte mit voller Sozialversicherung beschäftigt werden sollen.

Die Steuereinnahmen für 1990 sind mit 49,7 Milliarden Mark veranschlagt. Aus Spielbankabgaben rechnet der Finanzminister mit 113,4 Millionen Mark (viermal mehr als 1989) und aus Lotteriereinnahmen mit 463 Millionen Mark (plus 9,4). 145 Millionen Mark weniger als 1989 sind bei den übrigen Einnahmen für 1990 angesetzt.

Gutachten über Bodenbelastung in Oberhausen

Millionen-Rückflüsse durch Stahlboom

Kohle, Kernkraft und Stahl waren Gegenstand von Beratungen im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Die Beratung des Einzelplans 08 im Haushalt 1990 mußte in der von Vorsitzendem Gerd Müller (SPD) geleiteten Sitzung am 6. September verschoben werden, weil die Vorlage dazu erst am Morgen zur Verteilung gelangt war. Minister Jochimsen berichtete eingangs über aktuelle Vorgänge in Bonn, Hamm-Uentrop und Hückelhoven.

Die Sicherung des Jahrhundertvertrags zur Kohleverstromung bis 1995 durch die Bonner Kohlerunde vom 24. August sei, so führte Minister Jochimsen aus, von NRW und dem Saarland „zur Kenntnis genommen“ worden. Die Drittelbeteiligung des Landes sei von den beiden Kohleländern an eine befriedigende Anschlußregelung geknüpft worden. Die Herausnahme des Revierausgleichs und der niederflüchtigen Kohle aus der Vereinbarung erfülle ihn mit großer Sorge, was er dem Bundeswirtschaftsminister auch brieflich mitgeteilt habe. „Hier wird mit dem Feuer gespielt“, sagte Jochimsen zu Gerüchten, den Kohlepennig 1993 auslaufen zu lassen, wenn auch das Beihilfe-Regime der EG-Kommission Kohle und Stahl endet.

Trotz der Verunsicherungen wurde das Ergebnis der Bonner Runde vom Ausschuß begrüßt. Mit dem derzeitigen Ergebnis, so Vorsitzender Müller, könne NRW leben. Den Beteiligten sei dafür zu danken. Kein Grund zu Sorgen gebe es derzeit auch durch die Umwandlung der Steinkohlenzeche Sophia Jacoba in Hückelhoven in eine GmbH. Die niederländische Gesellschaft habe zwar ihr finanzielles Engagement verringert, sich aber zur Einhaltung der Fördervereinbarung bis Ende 1993 verpflichtet.

Kostenfragen, Probleme der Entsorgung und möglicher Verlust von Exportchancen beschäftigten die Abgeordneten im Zusammenhang mit der Stilllegung des Hochtemperaturreaktors (THTR) Hamm-Uentrop. Minister Jochimsen stellte klar, daß es sich bei dem THTR um einen Prototyp gehandelt habe, von dem keiner einen Nachfolger bauen wolle. Die HTR-Linie solle nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Für die Ent-

sorgung sei Wiederaufarbeitung nicht vorgesehen. Das Zwischenlager Ahaus sei für die THTR-Elemente noch nicht genehmigt, mit Frankreich werde verhandelt. Auf die Kalkulation mit dem Abbrennen der Vorräte hätten die Betreiber selbst wegen fehlender Aussicht auf eine 70prozentige Leistung verzichtet.

Der F.D.P.-Antrag „Beendigung der Verhandlungen mit Triple Five“ wurde für erledigt erklärt, obwohl die Antragstellerin den darin enthaltenen Vorschlag eines Ideenwettbewerbs zur Verwendung des Grundstücks in Oberhausen aufrechterhalten wollte. Die Investitionsabsichten, so sagte Minister Jochimsen, hätten die Standortdiskussion beflügelt. Triple Five bemühe sich weiter um das Grundstück. Die Landesregierung trete für eine Sicherung ein, bis Ende September werde in einem Gutachten die Belastung des Grundstücks geprüft. Die Immobilienbank der WestLB verhandle im Auftrag des Finanzministeriums mit dem Grundstücksbesitzer. Parzellierung und unterwertige Nutzung sollten verhindert werden.

Auch den CDU-Antrag „Nordrhein-Westfalen fit machen für den Europäischen Binnenmarkt“ hielt die Ausschußmehrheit für erledigt, da die darin enthaltenen Forderungen, unter anderem eine Europäische Akademie für Führungskräfte, bereits umgesetzt worden seien. Mit einem weiteren Antrag möchte die CDU erreichen, daß die rückzahlbaren Stahlhilfen in die Montanregionen zurückfließen. Wegen der guten Stahlkonjunktur und Bilanzgewinnen erhält das Land 384 Millionen Mark von Stahlunternehmen zurück. Der Bundesanteil werde zur Haushaltskonsolidierung verwendet. Im Land-

tagsausschuß werden Überlegungen angestellt, die Rückflüsse für die regionale Wirtschaftsförderung zu aktivieren.

Für die Beratung des Einzelplans 08 des Haushaltsentwurfs 1990 liegen dem Ausschuß inzwischen die 70seitige Einführung des Ministeriums vor. Im Vergleich zum laufenden Jahr verringert sich das Ausgabevolumen des Ressorts (1990: 3,3 Milliarden Mark, das ist das sechstgrößte Ressortvolumen) um sieben Prozent. Minderbedarf gibt es bei den Strukturhilfen, im Stahlbereich, bei der Ausbildungsplatzförderung, Koks-kohlenbeihilfe und den Kapazitätsanpassungen. Neu eingestellt werden mußten Mittel für den Zugriff auf externe Datenbanken, für die Tourismusbörse in Berlin und für den Kongreß „Hochaufgestockte Stähle“ im Oktober 1990.

Einzelplan 08

Dem Minderbedarf in einigen Kapiteln stehen Ansatzserhöhungen in anderen Bereichen gegenüber. Breiten Raum nimmt in den Haushaltserläuterungen die Darstellung der verschiedenen Wirtschaftsförderungsprogramme ein. Durch das Bonner Strukturhilfegesetz gehen in einige Programme Bundesmittel ein, ferner EG-Mittel aus dem Regionalfonds bei den Montanregionen. In Bochum, Dortmund—Unna und Duisburg—Oberhausen sollen kleine und mittlere Unternehmen gefördert werden, zum Beispiel durch Rentabilitätsuntersuchungen.

Auch im Landesinvestitionsprogramm (1990: 229 Millionen Mark) werden Mittel aus der Bonner Strukturhilfe eingeplant. Es gehe um den konzentrierten und vorrangigen Einsatz aller strukturelevanten Förderprogramme der EG, des Bundes und des Landes für Projekte, die nach gemeinsamer Auffassung der Verantwortlichen in den Regionen für den Strukturwandel besonders geeignet seien, erläutert das Ressort. Noch vor Verabschiedung des Haushalts will die Landesregierung über die Projekte entscheiden, um sie fristgerecht bis zum 1. Oktober 1990 zur Genehmigung dem Bundesfinanzminister vorlegen zu können.

Die Förderung von Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung wird etwa im Umfang des Vorjahres fortgesetzt. Die Beschäftigung sei weiter angestiegen, stellt das Landesarbeitsamt fest, in NRW sei etwa der Stand von 1980 erreicht. Moderne Qualifizierung junger und Langfrist-Arbeitsloser sei weiter gefragt. Im Vorjahr hatte der Ausschuß für Wirtschaft eine Zweckzuweisung über 1,33 Millionen Mark für die Auszubildendenberatung im Handwerk beschlossen.

Filmwirtschaft, Fremdenverkehr, das mittelständische Straßenverkehrsgewerbe und der Außenhandel sind auch 1990 Empfänger von Fördermitteln. Der vierte Außenwirtschaftstag findet 1990 in Siegen statt.

Erziehungsurlaub

Vom 1. Januar 1986 bis 31. Dezember 1987 sind von 8 481 weiblichen und 71 männlichen Bediensteten des Landtags, der Landesministerien sowie des Landesrechnungshofs Anträge auf Erziehungsurlaub gestellt worden. Das teilt Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Marie-Luise Woldering und Heinz Paus mit (Drs. 10/4650 und 10/4216).



Den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Mülheim an der Ruhr hat Landtagspräsident Karl Josef Denzer (l.) im Landtag empfangen. An dem Gespräch nahmen auch die Landtagsabgeordneten Gerd Müller (SPD), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses (r.), sowie Franz Püll (CDU, 2. v. r.) teil. Links neben dem CDU-Politiker Sparkassendirektor Dieter Vogelsang. Im Vordergrund, mit dem Rücken zur Kamera, Mülheims Oberbürgermeisterin Eleonore Güllenstern (linkes Bild). — Die F.D.P.-Landtagsfraktion hat die Willi-Weyer-Schule, Sportschule in Hachen, besucht (siehe auch Seite 18). In der Mitte, rechts neben dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Achim Rohde, der Präsident des Landessportbundes, der SPD-Abgeordnete Richard Winkels (rechtes Bild).

Fractionen im Rechtsausschuß: An Aushöhlung von Artikel 97 des Grundgesetzes nicht gedacht

Seinen Ausführungen zu den Schwerpunkten des Haushaltes 1990 seines Hauses stellte Justizminister Dr. Rolf Krumtsiek (SPD) den Hinweis voran, daß mit dem Entwurf die Bemühungen fortgesetzt würden, die Rechtsgewährung im Interesse des rechtssuchenden Bürgers sowie der Justizbediensteten effektiver zu gestalten und den Strafvollzug in personell und sachlicher Hinsicht so auszustatten, daß er die ihm obliegenden Aufgaben eines modernen Strafvollzugs erfüllen könne. Zugleich unterstütze sein Haushaltsentwurf, so Dr. Krumtsiek, auch weiterhin die auf Konsolidierung ausgerichteten Bemühungen der Landesregierung.

In seinen Ausführungen wies der Minister darauf hin, daß im Strafvollzug 1989 siebzig neue Stellen als Ausgleich für die allgemeine Arbeitszeitverkürzung eingerichtet worden seien. Diese und die in den letzten zehn Jahren zugegangenen neuen Stellen hätten die personelle Situation entscheidend verbessert und die Überstunden auf ein erträgliches Maß zurückgeführt. Im Wege der aufgabenkritischen Stellenumwandlung, mit deren Hilfe verschiedene Dienstzweige der Justiz nachhaltig personell verstärkt wurden, seien auch im Haushaltsentwurf 1990 insgesamt 24 neue Stellen geschaffen worden. Insgesamt 64 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte sollten dazu dienen, der steigenden Zahl von Klagen in Asylsachen und der Belastung der Finanzgerichte sowie dem von der Landesregierung beschlossenen Programm „Schwerpunktmaßnahmen der NRW-Polizei“ Rechnung zu tragen. Der Personalhaushalt des Justizministers erreiche damit einen Anteil von rund 72,7 Prozent mit einem Gesamtausgabenbetrag von 2,11 Milliarden Mark.

Personalsituation

Krumtsiek erhofft sich eine Verbesserung der angespannten Personalsituation auch durch die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre, die de facto dazu führe, daß rund 750 Kräfte zusätzlich zur Verfügung stünden. Erhöht sei auch die Zahl der Einstellungsermächtigungen für Anwärter, womit man dem Wunsch vieler junger Leute nach einem gesicherten Arbeitsplatz Rechnung trage.

Bei den sächlichen Verwaltungsaufgaben sind laut Minister die Auslagen in Rechtssachen die größte Ausgabenposition. Für die Erforschung und Erfassung von Rechtstaten, die wegen der hohen Belastung in allen Bereichen zu einer abgesicherten Grundlagenerkenntnis führen soll, wurde auch in diesem Jahr ein entsprechender Ansatz zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln sollen Forschungsvorhaben fortgeführt werden, z. B. die Arbeitsablaufuntersuchung in der Finanzgerichtsbarkeit oder die Untersuchung der Effizienz der Geldstrafenvollstreckung. Zu den Bauinvestitionen meinte der Justizminister, bei einer Steigerung um rund zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr seien 89,2 Millionen Mark ausreichend, um laufende Bauprojekte fortzuführen und Neubauten zu beginnen.

Pressemeldungen zufolge hatte der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Justizvollzugsanstalt Vinckehof, ein früheres Lehrlingsheim, als vorläufige Unterkunft für DDR-Flüchtlinge vorgesehen. Man sei seitens des Justizministeriums der Auffassung gewesen, daß hierbei die mit der

anderweitigen Unterbringung der Gefangenen einhergehenden Nachteile im Interesse der Funktion des Rechtsstaates hätten in Kauf genommen werden müssen. Inzwischen habe aber der Sozialminister auf die Inanspruchnahme des Vinckehofes verzichtet. Heinz Lanfermann (F.D.P.) befürchtete, daß auf halbem Wege eine Schließung der Anstalt erfolgen soll. Er hielt es auch aus psychologischen Gründen für nicht empfehlenswert, DDR-Flüchtlinge in Vollzugsanstalten unterzubringen. Auch Marie-Luise Morawietz (SPD) empfahl im Namen ihrer Fraktion an der Vollzugeinrichtung Vinckehof festzuhalten. Justizminister Rolf Krumtsiek sagte dem Ausschuß auf Bitten von Marlis Robels (CDU) zu, nach Abschluß der Verhandlungen mit der Eigentümerin und vor Entscheidung über eine Schließung der Anstalt den Rechtsausschuß rechtzeitig zu beteiligen.

Eine Petition, in der sich ein Bürger beschwerte, daß er mehr als 15 Jahre habe warten müssen, bis das Verfahren wegen der überlangen Verfahrensdauer schließlich eingestellt worden sei, veranlaßte den Rechtsausschuß, den Präsidenten des Landtages um ein Gutachten zur Abgrenzung zwischen richterlicher Unabhängigkeit und Dienstaufsicht erstellen zu lassen.

Der Justizminister hatte nämlich unter Hinweis auf Artikel 97 Grundgesetz die Meinung vertreten, daß es keine Möglichkeit gebe, im Wege der Dienstaufsicht einzugreifen, um das Verfahren zu beschleunigen. Das vorliegende Gutachten von Professor Dr. Hans-Jürgen Papier, so Dr. Klose (CDU) habe bestätigt, daß Artikel 97 GG einen Eingriff in die Geschäftverteilung nicht zulasse, im vorliegenden Fall allerdings eine Ermahnung zu ordnungsgemäßer, unverzüglicher Erledigung der Amtsgeschäfte möglich gewesen wäre. Das Gutachten bestätige ihn in seiner Auffassung, so Heinz Lanfermann, daß im Spannungsfeld zwischen tatsächlichem „Fehlverhalten“ eines Richters und richterlicher Unabhängigkeit eine politische Diskussion um die Änderung des Artikels 97 keinen Raum habe. Albert Klütsch (SPD) wies für seine Fraktion jeden Vorwurf zurück, eine politische Diskussion um die richterliche Unabhängigkeit sei gewollt oder initiiert. Er erwarte vom Justizminister, daß in der Praxis die staatliche Dienstaufsicht die Erfüllung der Justizgewährverpflichtung des Staates durchsetzen werde. Gleiches erwartete auch sein Fraktionskollege Egbert Reinhard. Das Gutachten gebe einen ersten Ansatz und räume der Dienstaufsicht die Möglichkeit ein, im Wege des Vorhalts und der Ermahnung zu einer der Justizgewährverpflichtung entsprechenden Behandlung der Verfahren zu kommen.

Auch nach Ansicht von Helmut Diegel (CDU)

Leser schreiben...*

Storchennest

(„Landtag intern“ Nr. 14/1989, Feuchtwiesen)

Wenn Sie das Foto „Die Feuchtwiesen“ mit dem Storchennest ernst meinen, dann interessiert Sie sicherlich auch folgendes: In dem darunterliegenden Text steht u.a.: „...Todeinde der Störche und anderer großer Vogelarten sollen beseitigt werden...“, wobei in diesem Falle die Hochspannungsleitungen gemeint waren. Diese Gnade finde ich großartig!

Ein Todfeind ebensolcher Art sind die Tiefflieger, die Brut und Harmonie in der Storchenfamilie gänzlich zerstören und die empfindliche Tierwelt in ihren Nestern kaputt machen.

Kürzlich erlebte ich auf einer Reise durch Polen (Masuren usw.) die Natur noch ganz so, wie sie ihrer Entstehung entspricht: mannigfaltig sah man Storchenfamilien, einträchtig, friedlich und natürlich klappernd auf den Dächern — oft sehr alter Häuser — in ihren Storchennestern hocken. Die Kleinen schauten hervor, ja ihnen war der Bus schon zuviel! Ich habe nicht einmal fotografiert, um die Nestrube nicht zu stören. Die Familien im Storchennest waren allesamt zufrieden: die Feuchtwiesen waren da mit Fröschen und anderem Getier, es war ein schöner Tag — und Ruhe!

Diese Beobachtung hat uns richtig glücklich gemacht! Und das Leben der Störche in ihrer heilen Welt an den Masurischen Seen erfreute uns, mit dem großen Wunsch: das müßte so bleiben, und bei uns müßte es wieder so werden!

Man stelle sich vor, plötzlich wären Tiefflieger gekommen...

(*Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten.)

habe der Richter seine Dienstpflicht zur Justizgewähr verletzt und müßte deshalb im Wege des Vorbehalts auf den Dienstpflichtverstoß hingewiesen werden. Vorsitzender Friedrich Schreiber (SPD) stellte abschließend noch einmal klar, daß ausgehend von dem Grundproblem der zu langen Erledigungszeiten im Bereich der Justiz im Zusammenhang mit Artikel 97 nur die Frage der zeitnahen Entscheidung diskutiert werden könne. Wenn der Gutachter darüber hinaus festgestellt habe, daß weder Haushaltsgesetzgeber noch Justizverwaltung eine Möglichkeit hätten, einem Gericht zusätzliche Richterstellen mit einer bestimmten Zweckbestimmung zuzuteilen, müsse man überlegen, ob man nicht ein Instrument schaffen müsse, den haushaltsgesetzgeberischen Willen durchzusetzen. Er forderte Justizminister Dr. Rolf Krumtsiek auf, Instrumentarien aufzuzeigen, die es dem Haushaltsgesetzgeber ermöglichen könnten, ohne Beeinträchtigung des Artikels 97 seinen gesetzgeberischen Willen durchzusetzen. Dr. Krumtsiek sagte eine solche Prüfung zu. Er habe im übrigen alle Präsidenten der OLG angeschrieben und erwarte deren Stellungnahme. Die Sprecher von SPD und CDU stellten abschließend noch einmal klar, daß an eine Aushöhlung des Artikels 97 nicht gedacht sei, zugleich aber die Justizgewähr gesichert bleiben müsse.



Auf der Fahrt nach Warschau: Helmut Hellwig (SPD) am Mikrofon. Links neben ihm die Abgeordneten Erich Heckelmann (SPD) und Andreas Reichel (F.D.P.), rechts Ruth Hieronymi (CDU) und Lfd. Ministerialrat Dieter Buchholtz (MAGS).

Fahrt nach Warschau mit 800 Jugendlichen aus NRW

Abgeordnete und Landesjugendring setzten Zeichen für Aussöhnung

Am 1. September 1989 jährte sich zum 50. Mal der Jahrestag des Kriegsbeginnes 1939. Zum Gedenken an diesen Tag, der Anfang war für unsägliches Leid vieler Völker, hatte der Landesjugendring beschlossen, mit 800 Jugendlichen aus Nordrhein-Westfalen nach Warschau zu fahren. Ziel dieser Reise war es, des Kriegsbeginnes und seiner schrecklichen Folgen zu gedenken, einen weiteren Schritt auf dem Weg der Aussöhnung mit dem polnischen Volk zu gehen und gemeinsam mit polnischen Jugendlichen ein Zeichen für eine friedliche Zukunft zu setzen. Zu dieser Fahrt hatte der Landesjugendring auch Vertreter des nordrhein-westfälischen Parlaments eingeladen. Ruth Hieronymi (CDU), Erich Heckelmann (SPD), Andreas Reichel (F.D.P.) und Helmut Hellwig (SPD), Vorsitzender des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, folgten der Einladung.

Auf der viele Stunden dauernden, durch Gespräche und Veranstaltungsangeboten für die Teilnehmer letztendlich doch kurzweiligen Fahrt hatten Parlamentarier und Teilnehmer Gelegenheit, sich im Rahmen einer Diskussion zu Hintergründen und Zielvorstellungen der Gedenkstättenfahrten auszutauschen.

Durch Vermittlung des Landesjugendringes konnten die Parlamentarier im polnischen Parlament ein Gespräch mit Wieslaw Kaczmarek (PVAP) und Radoslaw Gawlik (Solidarnosc) führen. In der offenen Aussprache berichteten die polnischen Vertreter über den Demokratisierungsprozeß in ihrem Lande. Sorge bereiteten beiden übereinstimmend die schwierige wirtschaftliche Lage.

Als Lösungsmöglichkeiten zur Behebung der Probleme sahen sie als Möglichkeiten einen Zinserslaß für die Auslandsschulden, rasche Behebung des Lebensmittelmangels und Unterstützung für die notwendige industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung des Landes. Die Landtagsabgeordneten betonten ihre Bereitschaft zur Hilfe, wiesen aber auch auf die Grenzen ihrer Möglichkeiten hin.

Als Ergebnis des Gespräches wurde festgehalten:

- Intensivierung des deutsch-polnischen Jugendaustausches

- Austausch von Information, insbesondere zu dem Bereich Ökologie

- Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

- Sondierung der Möglichkeiten für Gespräche zwischen Politikern und Wissenschaftlern aus NRW mit polnischen Kolleginnen und Kollegen

Zum Abschluß des Gespräches erklärte Helmut Hellwig, er sei sehr zufrieden mit dem Ablauf und Inhalt des konstruktiven Gespräches. Es würde ihn freuen, wenn eine polnische Delegation von Politikern und Wissenschaftlern Nordrhein-Westfalen besuchen würde.

Dreizehn Parteien bei Kommunalwahl

Dreizehn Parteien sowie zahlreiche örtliche Wählergemeinschaften und Einzelbewerber stellen sich am 1. Oktober den rund zwölf Millionen Wählern bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen. Nur SPD, CDU und F.D.P. treten in allen 54 Städten und Kreisen des Landes an.

Die GRÜNEN kandidieren in allen Kreisen und in 18 Städten, die DKP in acht Kreisen und 16 Städten und die Republikaner in elf Kreisen und 13 Städten.

Literatur...

Wilhelm Hasenclevers Reden und Schriften

Eine gut recherchierte und kommentierte Sammlung der Reden und Schriften des unverständlicherweise weithin unbekanntenen Wilhelm Hasenclevers läßt hoffen, daß man sich wieder — nicht nur in der Sozialdemokratie — stärker dieses Mannes und seines Wirkens bewußt wird.

Äußerer Anlaß des von Ludger Heid/Klaus-Dieter Vinschen und Elisabeth Heid herausgegebenen Sammelbandes war der 100. Todestag Hasenclevers am 3. Juli 1989.

Wilhelm Hasenclever, am 19. April 1837 in Arnsberg geboren, gehörte zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der frühen Sozialdemokratie. Der gelernte Lohgerber wird 1862 Redakteur der demokratischen „Westfälischen Volkszeitung“ in Hagen und tritt 1864 dem ADAV (Allgemeiner Deutscher Arbeitsverein) bei. 1869 gewinnt er sensationell eine Nachwahl zum Norddeutschen Reichstag und beginnt damit seine parlamentarische Laufbahn. Als Nachfolger Lassalles und Präsident des ADAV leitete er ab 1874 die Vereinigung der bis dahin zerstrittenen Arbeiterbewegung ein und bringt sie 1875 in Gotha zum erfolgreichen Abschluß. Zwischen 1876 und 1878 ist er Mitherausgeber des Parteiorgans der neu geschaffenen Partei SAPD (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands), dem „Vorwärts“.

Zum 100. Todestag

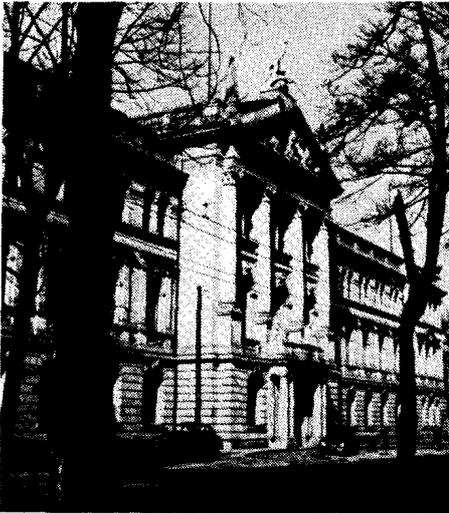
Zu seinem 100. Todestag gibt die jetzt vorliegende Sammlung erstmals einen Überblick über das vielfältige Schaffen dieses Mannes als Parteipolitiker, Parlamentarier, Publizist und nicht zuletzt als Literat. Die Edition enthält eine Reihe von Dokumenten, die bislang unveröffentlicht waren und erst jetzt einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dazu gehört auch Hasenclevers — unter Pseudonym veröffentlichter — hochinteressanter „Beitrag zur Jugendfrage“.

Die Einleitung von Ludger Heid bietet insgesamt einen akzeptablen Einstieg in die Edition, auch wenn es nicht geschadet hätte, wenn sie etwas systematischer geordnet wäre. Man wird dieses Buch eine gelungene und überaus empfehlenswerte Lektüre für jeden, der sich mit Geschichte und besonders der Arbeiterbewegung beschäftigen möchte, nennen dürfen. Thomas Schneider

(Wilhelm Hasenclever: Reden und Schriften, herausgegeben und eingeleitet von L. Heid, K.-D. Vinschen und E. Heid, Internationale Bibliothek 130, Verlag J. H. W. Dietz, Bonn 1989, 316 Seiten, 25 Mark)

Parlamentsfragen: Altparlamentarier und Professoren antworten

Öffentlich arbeiten und Öffentlichkeitsarbeit



Als Tagungsort für die 40-Jahr-Feier des Bundestages stellte das Land die Räumlichkeiten des auf Tierkunde spezialisierten Museum Alexander Koenig zur Verfügung, wo sich der erste Bundestag 1949 konstituiert hatte.

Bundestagspräsidentin Professor Rita Süßmuth äußerte sich zufrieden darüber, daß nicht behäbig, sondern kontrovers diskutiert worden sei. Sie hatte die dreitägige Veranstaltung eröffnet mit der Feststellung, daß demokratische Lösungen trotz ihrer Unzulänglichkeiten von der Geschichte immer noch als die besten ausgewiesen seien. Wenn es trotzdem Verunsicherung bei den Parlamentariern, Verdruß bei den Wählern und Kommunikationsstörungen gebe, sei die Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente gefordert. Eine „neue Verpackung“ wüßte sie, so ihr praktischer Vorschlag, der Buchreihe „Aufzeichnungen und Erinnerungen“ von Abgeordneten, dessen neuesten Band sie am Abend des ersten Tages vorstellte: Es handele sich um politischen Alltag und persönliche, auch für einen breiteren Leserkreis interessante Erlebnisse, aber die Aufmachung lasse eher auf eine wissenschaftliche Ausarbeitung schließen. Zu der dreitägigen Jubiläumsveranstaltung waren Politikwissenschaftler aus dem In- und Ausland und ehemalige und noch amtierende Parlamentarier eingeladen. Am ersten Tag waren die Mitglieder der gastgebenden Vereinigungen, die Parlamentsforscher und die Ehemaligen, weitgehend unter sich. Tagungsleiter Konrad Porzner, Vorsitzender des Geschäftsausschusses im 11. Bundestag, konnte sogar zwei noch im vorigen Jahrhundert geborene Altparlamentarier unter den Anwesenden begrüßen.

Dem Deutschen Bundestag wurde, seinem Jubiläum angemessen, viel Lob zuteil. Der Verfasser des ersten wissenschaftlichen Klassikers über das Bonner Parlament, Professor Gerhard Loewenberg (Iowa), der Deutschland als Kind verlassen mußte, verknüpfte deutschen Parlamentarismus nicht nur mit 40-, sondern mit 140jähriger Tradition. Er bescheinigte dem Bundestag Stabilität und Zuverlässigkeit. Als Besonderheiten im internationalen Vergleich stellte er attraktive Mitgliedschaft mit Karrierechancen, hoch wirksame informelle Regeln sowie ausgeprägte Spezialisierung bei wenig Macht der Ausschüsse heraus.

„Seine Einrichtungen sind vergleichbar mit den ältesten und würdigsten Parlamenten der Welt“, lobte Professor Gerhard Loewenberg den Deutschen Bundestag bei der Tagung zum 40jährigen Bestehen am 8. September im Museum König in Bonn. In weiteren Referaten und Diskussionsbeiträgen standen die Parteienfinanzierung, die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen und die Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente im Blickpunkt von Vorschlägen, das hohe Ansehen der Institution mit größerer Akzeptanz seiner Arbeitsweise zu verbinden.

„Die Deutschen ziehen es vor, ihre Entscheidungen privat zu treffen“, notierte Loewenberg auf der „Soll-Seite“ der Bilanz. Die Fraktionen seien zurückhaltend, die Ausschüsse geschlossen. Es gebe die „obskure Zusammenarbeit einer politischen Elite“, die für den öffentlichen Willen wenig empfänglich sei. Bei wachsendem öffentlichem Interesse bilde das Expertenniveau professionellen Könnens ein Hemmnis für die Wähler, das Parlament zu verstehen und zu durchdringen.

Der britische Politikwissenschaftler Nevil Johnson (Oxford) stimmte dem Vortrag der „Haben-Seite“ zu und empfahl ein Zurückschrauben der Privilegien, mehr Risiko im Wahlsystem, mehr Ausstrahlungskraft, auch durch gute rhetorische Leistungen, für den weiteren Bestand. Als Grund für die Dominanz der Parteien und das zaghafte Auftreten des Parlaments vermutete er die zu gute materielle Ausstattung der Parteien. Sein französischer Kollege Professor Henri Ménudier (Sorbonne) sah eine starke Konkurrenz für den Bundestag durch die Massenmedien und durch Bürgerbewegungen, im übrigen ähnlich gelagerte Probleme wie in Frankreich.

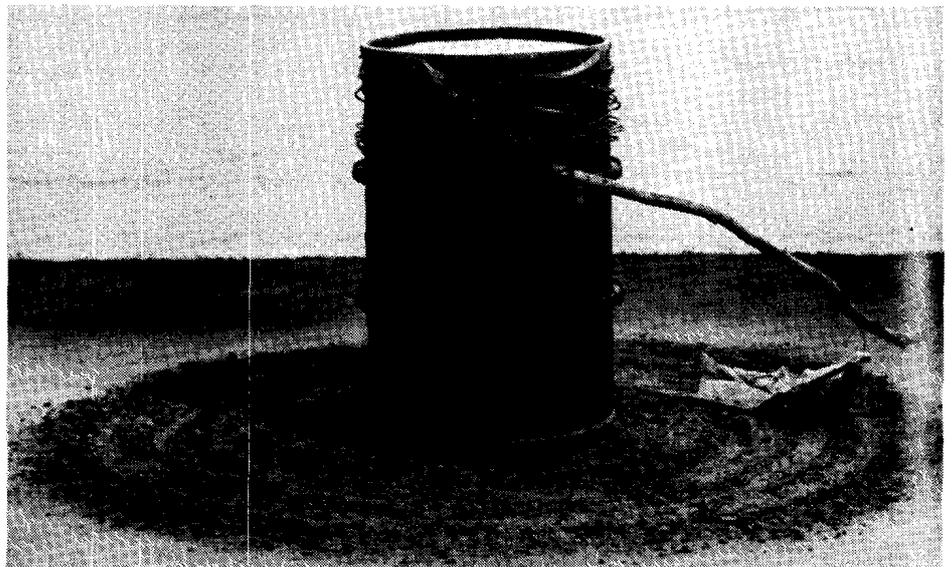
Professor Uwe Thaysen (Lüneburg) wagte sich weiter vor. Seine These vom „parlamentarischen Eskapismus“, der Flucht der Parlamentarier vor den Spannungen zwischen Einzelansprüchen an die Politik und Bonner Kompromissen und vor ambivalenten Verhaltensregeln, fand in der Diskussion weniger Anklang als die Forderung, grundsätzlich die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen einzuführen. Thaysen stützte sich

dabei auf das neueste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur rechtlichen Stellung des einzelnen Abgeordneten: Mit dem Spruch vom Juni 1989 habe das höchste Gericht den Ausschüssen eine dem Plenum vergleichbare Funktion zugeschrieben. Den Plenarverhandlungen wiederum schreibe das Grundgesetz Öffentlichkeit vor.

Das rief natürlich den Widerspruch der „Insider“ hervor: Raumnot, die „Sensationspresse“, die nicht aufklären, sondern nur aufheizen wolle, Komplexität der politischen Probleme wurden gegen öffentliche Sitzungen aufgeführt. Ein Bedenkensträger verglich mit der Gerichtsverhandlung: Sachverhalte würden öffentlich aufgeklärt, aber zur Entscheidung ziehe sich das Gericht hinter verschlossene Türen zurück. Am ersten Tag blieb der Schwarze Peter bei der eigenen Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages hängen: Dem Besucher müsse etwas mehr vom „Werkstatt“-Charakter der parlamentarischen Arbeit (Rita Süßmuth) vermittelt werden. Allerdings waren in der Aussprache auch Ansätze zur „Diversifizierung“ von Öffentlichkeit zu hören: Zwischen Publikum, Publizität und Transparenz sei ebenso zu unterscheiden wie zwischen informierter, un- oder teilinteressierter Öffentlichkeit.

Es gab andere, teilweise schon jahrelang erörterte Vorschläge, den Bundestag aus einer gewissen Langeweile zu befreien. Bei der Umsetzung erweisen sich die Bundestagsabgeordneten indessen „behäbiger“ als ihre Kollegen in einigen Landtagen, wie am dritten Tag aus Schleswig-Holstein zu hören war.

Maria Mester-Grüner



„Ich finde es gut, daß Kunst nun endlich gesellschaftlich voll integriert und akzeptiert ist“, meint der Düsseldorfer Künstler Günther Ücker, dessen bewegliches Objekt „Aufwischen“ (1988) derzeit in der NRW-Vertretung in Bonn im Rahmen der Ausstellung „Zeitzeichen — Stationen bildender Kunst in NRW“ zu sehen ist. Die von Kultusminister Hans Schwier und Minister Günther Einert am 12. September eröffnete Ausstellung ist der NRW-Kulturbeitrag zum Jubiläumsjahr Bonn 2000. Sie ist außerdem Ausdruck deutsch-deutschen Kulturaustauschs, denn die Exponate des Bonner Teils, etwa die Hälfte, werden anschließend zusammen mit dem im Duisburger Wilhelm Lehmbruck-Museum ausgestellten Teil vom 10. November 1989 bis 7. Januar 1990 in Leipzig zu sehen sein (bis 19. Oktober montags und dienstags bis 18 Uhr, mittwochs bis samstags bis 16 Uhr in der Bonner Vertretung).

SPD-Fraktion

Positives Signal für Frauenpolitik in NRW

Die Einrichtung kommunaler Gleichstellungsstellen vor fünf Jahren war nach Auffassung von SPD-Fraktionschef Professor Dr. Friedhelm Farthmann ein positives Signal für die Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen. Zudem habe sich in den letzten fünf Jahren die Zahl der kommunalen Gleichstellungsstellen von rund 30 auf über 140 erhöht, stellte Farthmann vor über 100 Frauen aus Gleichstellungsstellen in Kommunen, Verbänden und Behörden fest. Sie waren von der SPD-Fraktion in den Landtag eingeladen worden.

„Jetzt geht es darum“, so Farthmann, „auf diesen ersten Erfolgen aufzubauen und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voranzukommen.“ Die Frauenförderung sei ein Schwerpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung geworden. Das Land habe dieser Entwicklung mit dem Frauenförderungsgesetz Rechnung getragen.

Die Frauenbeauftragten beklagten während der Veranstaltung im Landtag vor allem Defizite bei der Kinderbetreuung und fehlende Kompetenzen der Gleichstellungsstellen. Für die zukünftige Arbeit forderten sie eine gesetzliche Regelung ihrer Zuständigkeiten in der Gemeindeordnung.

★

„Abenteuerlich“ nannte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Georg Aigner, den von Bundesverkehrsminister Zimmermann (CSU) aufgeführten Vorschlag, die Rheinquerung im Zuge des Bundesautobahn 44 aus Mitteln des Zukunftsinvestitionsprogramms Nordrhein-Westfalen (ZIN) mitzufinanzieren. Der Bau und die Finanzierung von Bundesautobahnen sei Sache des Bundes, erinnerte Aigner. Dafür habe der Bundesverkehrsminister jährlich Milliardenbeträge in seinem Haushalt. Wenn der Bund sich aus seiner Aufgaben- und Finanzverantwortung stehlen wolle, müsse er zuerst das Grundgesetz ändern.

Aigner: „Hintergrund dieses Manövers ist, daß sich im Bundesverkehrsministerium immer noch nicht herumgesprochen hat, daß neue Bundesautobahnen nur bei einer sozial- und umweltverträglichen Planung realisiert werden können. Die Städte Düsseldorf, Krefeld und Meerbusch haben sich einhellig für die 800 Millionen-Mark-Lösung bei der Rheinquerung der A44 ausgesprochen. Diese Lösung muß der Bund jetzt möglichst schnell planen und finanzieren.“

Der SPD-Verkehrsexperte kritisierte, daß Bundesverkehrsminister Zimmermann sich bis heute noch nicht offiziell zu der von der Landesregierung mit den betroffenen Städten abgesprochenen Lösung erklärt habe. Das Bundesverkehrsministerium verbarrikadiere sich vielmehr seit Monaten hinter nichtssagenden Sprüchen. Aigner: „Wir wollen endlich aus der Chefetage des Bundesverkehrsministeriums hören, ob es und vor allem was es gegen die 800 Millionen-Mark-Lösung aus Bundessicht einzuwenden gibt.“

CDU-Fraktion

Worms kritisiert Zöpel-Äußerungen

Als „zynisch“ und „beispiellos skandalös“ hat der CDU-Oppositionsführer im nordrhein-westfälischen Landtag, Dr. Bernhard Worms, die Forderung des stellvertretenden Vorsitzenden der NRW-SPD, Christoph Zöpel, bezeichnet, arbeitslose Bundesbürger für einige Zeit in die DDR zu schicken. Auf einer Parteiveranstaltung der SPD in der ostwestfälischen Stadt Löhne hatte Zöpel, der auch nordrhein-westfälischer Städtebauminister ist, angeregt, „arbeitslose Bundesbürger — bei entsprechender Absicherung — für einige Zeit in der DDR arbeiten und dort helfen“ zu lassen, um auf diese Weise einen flexibleren Arbeitskräfteaustausch zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu erreichen. Gleichzeitig hatte er gefragt: „Ist unser Rüstungset nicht besser für die Unterstützung der DDR eingesetzt?“ Begründet hatte der SPD-Vize seine Vorschläge mit der Feststellung: „Der demokratische Sozialismus steht vor einer neuen historischen Aufgabe.“ (Neue Westfälische vom 28. August 1989.)

Mit diesen „menschenverachtenden Empfehlungen“ an die Adresse bundesdeutscher Arbeitsloser hat Zöpel nach den Worten von Worms unmißverständlich gemacht, daß „sein Herz eher für die gescheiterten DDR-Machthaber als für die deutschen Arbeitnehmer schlägt“. Worms weiter: „Tausende von DDR-Bürgern stimmen mit den Füßen ab und verlassen ein Land, das seinen Bürgern die selbstverständlichsten Menschenrechte verweigert, und Zöpel schickt sich an, den SED-Bossen unter die Arme zu greifen, indem der bundesdeutsche Arbeitslose zum Aufbau des Sozialismus in die DDR schickt“.

Die Äußerungen Zöpels stehen für Worms in einem fatalen Zusammenhang zu jüngsten SPD-Einlassungen zur Deutschlandpolitik. Von den umstrittenen Lafontaine-Äußerungen über die „Deutschtümellei“ bis hin zu der Forderung des Lafontaine-Gefolgsmannes Zöpel sei es nur ein kurzer Weg. Die skandalösen Forderungen Zöpels seien darum auch weniger „Entgleisungen“ eines Politikers, der seinen Ausstieg aus der Landes- und seinen Einstieg in die Bundespolitik vorbereite, sondern vielmehr konsequenter Ausdruck der „brandgefährlichen Umorientierung der SPD in der Nach-Schmidt-Ära“.

An Ministerpräsident Johannes Rau appellierte Worms, das „unselige Treiben“ seines Stellvertreters zu stoppen. „Wie will Johannes Rau den Tausenden von DDR-Flüchtlings die skandalösen Äußerungen Zöpels erklären? Solange Rau noch einen gewissen Einfluß auf die Gestaltung der SPD-Politik hat, sollte er die Gelegenheit nutzen und Zöpel die rote Karte zeigen“, forderte Worms. „Nicht Forderungen an Bonn zu stellen, ist das Gebot der Stunde, sondern vielmehr, Zöpel zu stoppen“.

★

Einen „halbherzigen Vorschlag, der die Probleme der Polizeibeamten nicht löst“ hat Heinz Paus, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW, den Versuch von NRW-Innenminister Herbert Schnoor genannt, die Stellenzulage für Polizeibeamte per Bundesratsinitiative von 120 auf 180 Mark anzuheben. „Eine Anhebung auf mindestens 200 Mark, wie sie auch der baden-württembergische Innenminister Dietmar Schlee bereits vor einigen Wochen vorgeschlagen hat, ist dringend erforderlich“, so Paus.

Als „gefährlich“ bezeichnete Paus die Aussage Schnoors, den 31 Millionen Mark teuren Vorschlag der mit diesen Finanzmitteln möglichen Einrichtung von 1 000 neuen Stellen vorzuziehen. „Es kann nicht heißen entweder oder, sondern nur sowohl als auch. Denn bei zehn Millionen Überstunden pro Jahr ist die Motivation der Polizeibeamten inzwischen auf einem Tiefpunkt angelangt, der auch durch 60 Mark brutto mehr im Monat nicht merklich angehoben werden kann“, so Paus.

F.D.P.-Fraktion

F.D.P.-Landtagsfraktion zu Gast in der Willi-Weyer-Schule

Die F.D.P.-Landtagsfraktion, angeführt von ihrem Vorsitzenden Dr. Achim Rohde, war Gast des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen am 5. September 1989 in der Willi-Weyer-Schule in Hachen. Einer internen Fraktionssitzung schloß sich ein Gespräch mit dem Präsidium des LSB NW über „Sportpolitik in Nordrhein-Westfalen“ an.

Die F.D.P. sah sich dabei in ihrer Auffassung bestätigt, daß die Förderung der Übungsleiter die wesentliche Voraussetzung für die Vereinsarbeit ist und der Erhalt und die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements den richtigen Schwerpunkt liberaler Sportpolitik darstellt. Immerhin werden jährlich 3000 Übungsleiter im Bereich des LSB NW ausgebildet, 2000 von den Fachverbänden. Jahr für Jahr finden für 8000 Mitarbeiter Fortbildungen in 20 Sportschulen statt.

Die F.D.P. begrüßt die Intention des LSB, bei steigenden Mitgliederzahlen in Nordrhein-Westfalen die eine Million aufholen, die im Vergleich zum Bundesdurchschnitt an organisiert Sporttreibenden fehlt. Zusätzliche Übungsstunden und -räume müssen angeboten, die Bereitschaft zur Mitarbeit unterstützt werden. Der Sportstättenbau muß mit der Entwicklung Schritt halten. Der Landessportbund selbst hat seit 1976 2600 Maßnahmen zur Schaffung, zum Erhalt und zur Modernisierung von Vereins- und Verbandseigentum mit 70 Millionen Mark gefördert — eine sinnvolle Verwendung von Steuergeldern, wie der sportpolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, Wolfram Dorn, befand. „Bei wachsenden Mitgliederzahlen und neuen Angeboten muß die qualifizierte fachliche Betreuung sichergestellt sein.“ Mehr Hauptamtlichkeit durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit dem Ziel einer dauerhaften Beschäftigung habe ausschließlich den Zweck, das Ehrenamt zu stützen, zu entlasten und für Führungsaufgaben freizustellen.

F.D.P.-Abgeordneten und LSB-Präsidiumsmitglieder waren sich einig, daß entsprechend der Altersstruktur mehr Spiel-, Sport- und Betreuungsangebote für den älteren Menschen gemacht werden müssen.

In der Nachwirkung des Universiade-Erlebnisses wurde ebenso einmütig die eigene Berechtigung des Hochschulsportes herausgestellt. Dr. Achim Rohde wünschte sich mehr Initiativen im Schulsport als Voraussetzung für lebensbegleitenden Sport. Wolfram Dorn möchte die Zusammenfassung der für den Sport vorgesehenen Haushaltsmittel in einem Ministerium, der genaueren Übersicht und besseren Verwendung wegen. Informationen über Breitensport- und Leistungssportentwicklungsprogramme über vielfältige Lehrarbeit in funktionsfähigen Sportschulen und die LSB-eigenen Vereins- und Verbandsförderungsprogramme verdeutlichen, daß es nicht allein staatlichen Handels bedarf, um die Sportbewegung in Schwung zu halten. Vielmehr sieht es die F.D.P. als eine wichtige Zukunftsaufgabe an, die Eigenständigkeit der Sportselbstverwaltung zu sichern.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

Heinemann warnt vor Mißbrauch**UV-Strahlen können die Entstehung von Krebs begünstigen**

Der Sommer scheint vorüber, doch wollen sich viele Leute ihre Urlaubsbräune möglichst lange erhalten. In einer Kleinen Anfrage (Drs. 10/4551) hat der SPD-Abgeordnete Hans Kern darauf hingewiesen, daß seit Jahren der Boom für die Sonnenbräunungsinstitute anhalte. Er wollte wissen, ob die künstliche UV-Strahlung möglicherweise krebsregend sei. Gesundheitsminister Hermann Heinemann (SPD) schließt in seiner Antwort (Drs. 10/4639) die Begünstigung der Entstehung von Hautkrebs nicht aus.

„Kann bestätigt werden, daß UV-Strahlung mit einer Wellenlänge kleiner als 335 nm vermutlich krebsregend ist?“ lautete die Frage des SPD-Politikers exakt. Der Minister erläuterte dazu, UV-Strahlen seien ein Naturprodukt, das von der Technik imitiert werde. Sie hätten auf den Körper des Menschen nicht nur positive Wirkungen. Bei übertriebener und nicht sachgemäßer Anwendung von Solarien könne es wie bei übermäßiger Sonnenbestrahlung zu verbrennungsähnlichen Hautreaktionen (Erytheme) und zu Augenentzündungen kommen. Chronische Veränderungen wie vorzeitige Hautalterungen, Verhornungen oder die Begünstigung von Hautkrebs infolge wiederholten Gebrauchs über Monate und Jahre seien nicht auszuschließen. Dies gelte insbesondere für Bestrahlungen mit Geräten älterer Bauart mit Wellenlängen kleiner als 335 nm.

Besuch in Sonnenstudios

Heinemann berichtet ferner, das Bundesgesundheitsamt gehe davon aus, daß etwa fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung regelmäßig Sonnenstudios besuchen oder Heimsolarien benutzen. Nach Schätzungen würden in der Bundesrepublik 10 000 Sonnenstudios kommerziell betrieben und in mehr als einer Million Haushalten sei ein Heimsolarium vorhanden.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 50 07.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 568 01*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche

Im nächsten Frühjahr verläßt Margarete Verstegen den Landtag. Aber sie sagt nicht der Politik ade. Nach dann fast 21 Jahren parlamentarischer Arbeit im Düsseldorfer Parlament wird sich die gebürtige Emmericherin als Ratsfrau in ihrer Heimatstadt nützlich machen. Von ihren Parteifreunden in der niederrheinischen Stadt sei sie gefragt worden; sie habe gerne zugesagt, für den Rat der Stadt zu kandidieren.

Das ruhende Dienstverhältnis mit der Stadt Emmerich besteht seit dem 1. Juli dieses Jahres endgültig nicht mehr. Die Verwaltungsangestellte im städtischen Sozialamt ist künftig nur noch Politikerin. Politik begreift die 60jährige als praktisches Tun für die Menschen. Mit Leuten wie dem früheren CDU-Fraktions- und Landesvorsitzenden Professor Kurt Biedenkopf — einem theoretischen Kopf — verbindet sie wenig. Die Arbeit im Petitionsausschuß des Landtags paßt gut zu Margarete Verstegens Verständnis von Politik: Helfen, wo der Schuh drückt. Das könne man im Petitionsausschuß besser als woanders. „Hier kann ich auch als Oppositions-Politiker etwas bewegen, sonst werden die Oppositions-Anträge ja meist von der Mehrheits-Fraktion niedergestimmt.“

Auch in Emmerich ist Frau Verstegen als Helferin bekannt. So mancher junge Mann, der zur Bundeswehr muß, wendet sich an die CDU-Politikerin, weil er aus den verschiedensten Gründen möglichst ortsnah eingezogen werden möchte. Zur Bundeswehr hat Margarete Verstegen ein durch positive Erfahrung geprägtes enges Vertrauensverhältnis. In Emmerich liegt ein schweres Pionierbataillon. Die Soldaten seien wirkliche Bürger der Stadt, stünden nicht im gesellschaftlichen Abseits. Sie selbst habe vor acht Jahren die Festansprache zur 25jährigen Ortsansässigkeit der Pioniere in Emmerich gehalten. In der Offiziersheim-Gesellschaft sei sie die einzige Frau.

Zum Thema Frauen in der Politik hat sie eine klare Meinung. Sie habe nie versucht, die Männer zu kopieren. Gut, es habe vor zwei Jahrzehnten im örtlichen Bereich mal Probleme mit „Paschas“ gegeben, aber gravierend sei dies nicht gewesen. Frau Verstegen machte als Frau ihren Weg in der Politik: 1952 Junge Union, 1956 CDU, starkes Engagement bei Sozialausschüssen und Deutscher Angestellten Gewerkschaft (DAG), 1964 Mitglied des Landesvorstandes der rheinischen CDU, elf Jahre



Margarete Verstegen (CDU)

stellvertretende Vorsitzende unter Heinrich Köppler und Bernhard Worms. Für Emanzentum hat sie wenig Sinn. Bei der Landtagskommission für Frauenpolitik mache sie nicht mit, dort diskutiert man für ihren Geschmack teilweise zu extrem. Man könne nicht Politik machen nach dem Motto: Männer alle an die Seite, nur noch Frauen nach vorn.

Kritisch setzt sich Frau Verstegen mit der F.D.P. im Landtag auseinander. Für deren Behauptung, sie sei die eigentliche Opposition, hat sie kein Verständnis: „Die machen viele Anträge, aber es fehlt mir ein bißchen das Seriöse und Kontinuierliche.“ Als langjähriges Landtags-Mitglied klagt die CDU-Abgeordnete auch über das kühler gewordene menschliche Klima unter den Volksvertretern. Das Verhältnis untereinander sei sowohl zum politischen Gegner als auch zum Parteifreund von Legislaturperiode zu Legislaturperiode schlechter geworden. Karrieredenken vermutet sie als Ursache. Seit die SPD 1980 die absolute Mehrheit im Düsseldorfer Parlament innehatte, seien die Beziehungen zur sozialdemokratischen Fraktion noch schlechter geworden. Frau Verstegen: „Die meinen, sie brauchten die Opposition nicht mehr, man spürt Überheblichkeit.“

Von neuen Parteien wie der Senioren-Truppe „Die Grauen“ hält die 60jährige nicht viel. Sie habe Politik immer so verstanden, daß man für alle Gesellschaftsgruppen und Altersschichten da zu sein habe. Bei den GRÜNEN sind ihrer Ansicht nach nur wenige Politiker erwähnenswert: Schily, Fischer oder Frau Vollmer, weil sie zumindest Realpolitiker seien. Dagegen seien die grünen „Fundis“ doch nach wie vor ein chaotischer Haufen.

Privat führt die Politikerin vom Niederrhein — wie sie sagt — „ein offenes Haus“ mit viel Besuch; vor allem mit ihrem Bruder und dessen Familie hat sie intensiven Kontakt.

Reinhold Michels

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 16. 10. bis 29. 10. 1989

- 16. 10. **Klaus Stallmann** (CDU), 44 J.
- 17. 10. **Bernd Feldhaus** (SPD), 59 J.
- 17. 10. **Horst Steinkühler** (SPD), 53 J.
- 20. 10. **Karlheinz Bräuer** (SPD), 65 J.
- 23. 10. **Karl-Heinz Brülle** (SPD), 40 J.
- 28. 10. **Hermann Jansen** (SPD), 58 J.

★

Christa Thoben (CDU), Diplom-Volkswirtin, stellvertretende Fraktions- und Landesvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecherin der Union, ist auf Anhieb als Stellvertreterin von **Helmut Kohl** beim Bremer Bundesparteitag mit 389 Stimmen in das CDU-Präsidium gewählt worden. Ebenfalls als Vize erhielt der Landesvorsitzende der CDU und Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahl 1990, Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**, einen Sitz im Präsidium. Auf ihn entfielen 594 Delegiertenstimmen.

In den Bundesvorstand der CDU wurden als weitere Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen **Horst Waffenschmidt** (512), **Dr. Bernhard Worms**, Fraktionsvorsitzender im Landtag (460), **Leni Fischer** (445), Professor **Dr. Kurt H. Biedenkopf** (401) und **Alexander Graf von Schwerin** (397) gewählt.

★

Wolfram Dorn, F.D.P.-Landtagsabgeordneter, ist in Frankfurt in den Bundesvorstand des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Medien gewählt worden. Der Bonner Lyriker und Sachbuchautor ist Vorsitzender der Gesellschaft für Literatur in Nordrhein-Westfalen. Seit 1947 gehört er als Mitglied dem Schriftstellerverband an und veröffentlichte bisher 16 Bücher als Autor, Mitautor und Herausgeber.

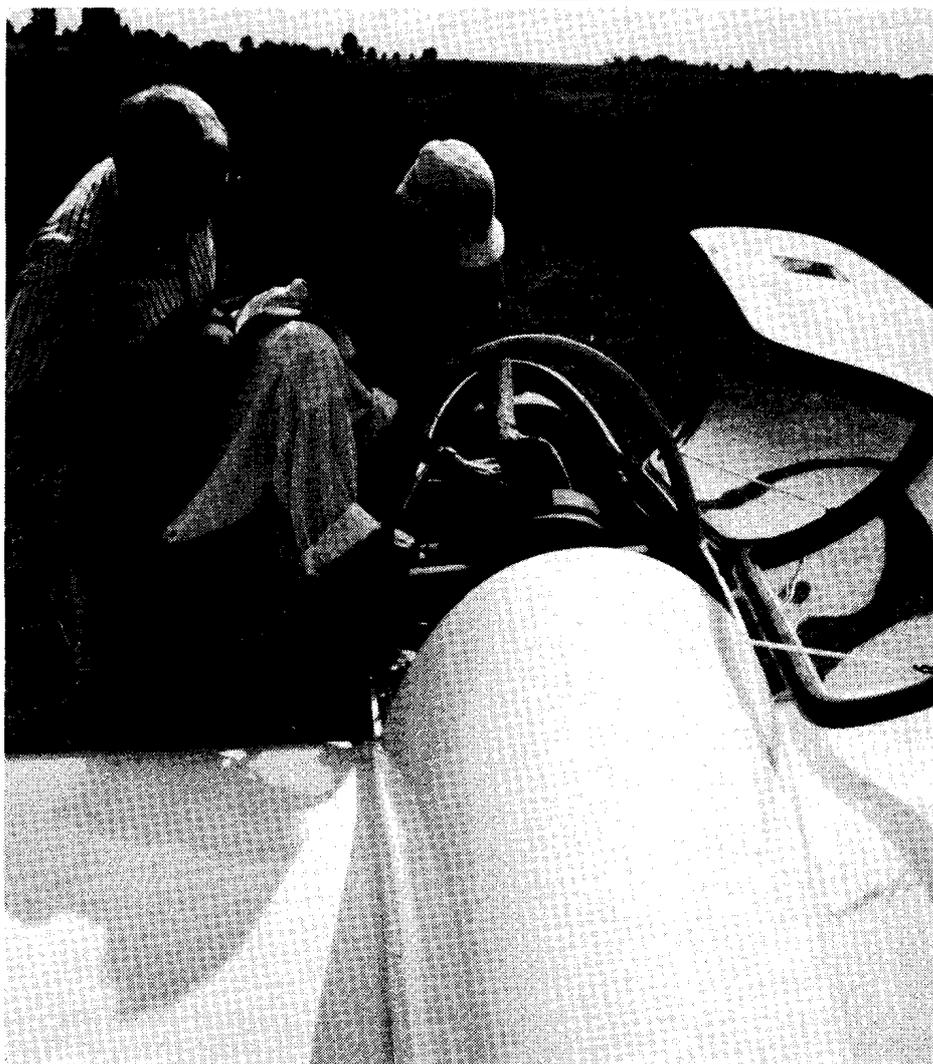
★

Ernst Bessel (SPD), von 1954 bis 1975 Landtagsabgeordneter, Verkehrsexperte und Vorsitzender des Verkehrsausschusses, ist im Alter von 83 Jahren in Essen gestorben. Bessel, der bei Krupp den Beruf des Drehers erlernt und später als Kraftfahrer gearbeitet hatte — im Krieg bei der Organisation Todt —, trat bereits mit 14 Jahren in die SPD ein. Nach 1945 fing Ernst Bessel bei AEG-Kanis an und war dort zwölf Jahre lang Betriebsratsvorsitzender. 1952 in den Rat der Stadt Essen gewählt, erfolgte zwei Jahre später das Landtagsmandat. Als Verkehrsexperte galten seine politischen Bemühungen neben dem Bau von kreuzungsfreien Autostraßen dem öffentlichen Personennahverkehr. Er sorgte für die Beteiligung des Landes an den Schülerfahrkosten, die Gründung der Stadtbahngesellschaft Rhein-Ruhr und von Verbundgesellschaften für den ÖPNV.

★

Vadim M. Malyshev, Vorsitzender des Staatskomitees zur Überwachung der Betriebssicherheit in der Industrie und der Atomwirtschaft in der UdSSR, hat mit einer Delegation auf Vermittlung des nordrhein-westfälischen Arbeitsministeriums als Besucher an einer Plenardebatte teilgenommen. Landtagsvizepräsident **Dr. Hans-Ulrich Klose** begrüßte die Gäste mit den Worten: „Sie besuchen die Bundesrepublik Deutsch-

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Fliegen — hier die Einweisung eines Flugschülers — ist für viele Menschen aller Altersstufen ein faszinierendes Hobby. Aber bevor der angehende Pilot das erste Mal an den Steuerknüppel darf (in diesem Fall ist es ein moderner Zweisitzer in glasfaserverstärkter Kunststoffbauweise), ist eine Menge Theorie und Praxis zu erwerben, und auch der Fliegerarzt hat ein Wörtchen mitzureden. Der Luftfahrerschein ist in drei Abschnitte mit unterschiedlichen Schwerpunkten gegliedert; man kann mit 14 Jahren beginnen, ausgehändigt wird das Patent allerdings frühestens nach Vollendung des 17. Lebensjahres. Junge Leute müssen also Ausdauer mitbringen, um sich mit dem Segelflugzeug allein in die Lüfte erheben zu können. Neben Ausdauer verlangt dieses Hobby auch Disziplin, technisches Verständnis und keineswegs, wie immer wieder vermutet, betuchte Eltern: Die rund 900 Segelflugvereine im Deutschen Aero Club ermöglichen ihren Mitgliedern durch viel Eigenengagement eine relativ kostengünstige Ausbildung. — Unser Bild entstand auf dem Flugplatz Meiersberg bei Heiligenhaus, der seit 25 Jahren besteht und, da im Einzugsbereich eines großen Verkehrsflughafens gelegen, seinen Betrieb nur in enger Abstimmung mit der Düsseldorfer Flugaufsicht abwickeln kann, die für jeden Tag Flugbetrieb die maximale Flughöhe bestimmt, damit sich Passagiermaschinen und die schnittigen, bis zu 250 Stundenkilometer schnellen Segelflugzeuge nicht ins Gehege kommen. Zu welchen Leistungen solche modernen Fluggeräte in der Lage sind, zeigen diese Daten: Der Höhenweltrekord für Segelflugzeuge liegt bei 14 000 Metern, die weiteste geflogene Strecke bei 1 600 Kilometern. Und von Meiersberg ist bei den nicht immer idealen mitteleuropäischen Bedingungen ein Segelflieger mit der guten alten K 8 sogar schon einmal bis Beauvais, 70 Kilometer nördlich von Paris, gekommen.

land, um sich über Fragen der Anlagensicherheit und des Arbeitsschutzes sowie die Organisation der Überwachung der entsprechenden rechtlichen Vorschriften zu infor-

mieren. Ich hoffe, Sie haben Gelegenheit, hier neue Erkenntnisse zu gewinnen.“ Klose schloß mit dem Satz: „Das ganze Haus freut sich, daß Sie hier sind.“